



Vernehmlassung zur Reform Sekundarstufe I im Kanton Solothurn

Auswertung - Schlussbericht

**Ein Projekt im Auftrag des Amts für Volksschule und Kindergarten AVK
des Kantons Solothurn**

Erika Götz, Psychologin lic. phil I
Prof. Dr. Ruedi Niederer, Diplom-Mathematiker ETH

Kontaktadresse:

Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz
Bereich Soziales
Riggenbachstrasse 16
Postfach
CH-4601 Olten
Tel. +41 (0)848 821 011
Fax +41 (0)62 286 91 01
Homepage: www.fhso.ch
E-Mail: erika.goetz@fhso.ch

Inhaltsverzeichnis

Teil I	Einleitung	4
	Die Vernehmlassungsanlage	4
	Aufbau des Auswertungsberichts	4
	Übersicht über die Teilnehmenden der Vernehmlassung aufgeteilt in Gruppen	5
Teil II	Übersicht über die numerischen Angaben der Teilnehmenden	8
Teil III	Ergebnisse nach Teilnehmer-Gruppen (Teilnehmende der offiziellen Liste)	20
	1. Kantonale Parteien und VSEG	20
	1.1. Zusammenfassung mit den Hauptpunkten pro Teilnehmende dieser Gruppe	20
	1.2. Aussagen der kantonalen Parteien und des VSEG zu den Fragen 1 – 6	21
	2. Konferenzen und Berufsbildungszentren BBZ	23
	2.1. Zusammenfassung mit den Hauptpunkten pro Teilnehmende dieser Gruppe	23
	2.2. Aussagen der Konferenzen und der Berufsbildungszentren zu den Fragen 1 – 6	24
	3. Maturitätskommission Olten bzw. Solothurn und Pädagogische Hochschule PH	26
	3.1. Zusammenfassung mit den Hauptpunkten pro Teilnehmende dieser Gruppe	26
	3.2. Aussagen der Maturitätskommission Olten und der Pädagogischen Hochschule PH zu den Fragen 1 – 6	26
	4. Regionalschul-Kommissionen	29
	4.1. Zusammenfassung mit den Hauptpunkten pro Teilnehmende dieser Gruppe	29
	4.2. Aussagen der Regionalschul-Kommissionen zu den Fragen 1 – 6	30
	5. Verbände I (schulischer Kontext)	32
	5.1. Zusammenfassung mit den Hauptpunkten pro Teilnehmende dieser Gruppe	32
	5.2. Aussagen der Verbände I (schulischer Kontext) zu den Fragen 1 – 6	32
	6. Verbände II (auserschulischer Kontext)	36
	6.1. Zusammenfassung mit den Hauptpunkten pro Teilnehmende dieser Gruppe	36
	6.2. Aussagen der Verbände II (auserschulischer Kontext) zu den Fragen 1 – 6	37
Teil IV	Ergebnisse nach Teilnehmer-Gruppen (Gruppen, die nicht auf der offiziellen Liste aufgeführt sind)	40
	7. Gemeinden	40
	8. Schulkommissionen	44
	9. Schulleitungen, Schulen, Lehrerschaften	47
	10. Fachgruppen der Kantonsschulen Solothurn und Olten	50
	11. Weitere Gruppierungen	54
	12. Einzelmeldungen	57
Anhang	1. Der Fragebogen	58
Anhang	2. Offizielle Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden	62

Tabelle der erfassten Rückmeldungen (ausser den Einzelmeldungen),
 liegt als separater Ausdruck vor

Teil I Einleitung

Die Vernehmlassungsanlage

Die Sekundarstufe I hat die Orientierung und Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf die Berufsbildung, bzw. auf die Berufswelt und auf weiterführende Schulen hin zur Aufgabe. Sie nimmt somit eine bedeutende Rolle in der Vorbereitung von jungen Menschen auf spätere Lern- und Berufswege ein. Auch die Berufs- und Bildungswelt - und somit auch die Sekundarstufe I - unterliegt einem starken Wandel. Mit der Reform der Sekundarstufe I will man den veränderten Anforderungen gerecht werden und auf ‚Zeitzeichen‘ reagieren.

Vor 11 Jahren wurde das damalige Erziehungs-Departement des Kantons Solothurn beauftragt, einen Bericht zur Reform der Sekundarstufe I auszuarbeiten. Nach vielen Diskussionen, Vernehmlassungen und entsprechenden Berichten hat der Regierungsrat im Mai 2003 beschlossen, die Struktur der Sekundarstufe I (7. – 9. Schuljahr) an die schweizerische Norm anzupassen und die Schultypen neu zu definieren. Ausserdem soll die Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen der Sekundarstufe I gefördert werden.

Botschaft und Entwurf zur Reform der Sekundarstufe I des Regierungsrats an den Kantonsrat von Solothurn wurden im Dezember 2004 mit Eingabefrist bis Mitte März 2005 in die Vernehmlassung gegeben. Die Auswertung wurde der Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz FHSO übertragen.

Befragt wurde auf Grund des von der Kantonsverfassung vorgegebenen offiziellen Vernehmlassungsverfahrens sowie vom Regierungsrat zusätzlich bezeichneter Gruppierungen ein Kreis von Vernehmlassungsteilnehmenden, bestehend aus den kantonalen Parteien, Verbänden, Konferenzen, Kommissionen und Schulräten (vgl. Liste im Anhang 2). Ausserdem hatten sich, die Kantonsverfassung lässt dies zu, weitere Gruppierungen und Einzelpersonen an der Vernehmlassung beteiligt.

Die letztgenannte Tatsache führte dazu, dass etliche Rückmeldungen mehr als ursprünglich erwartet eingegangen waren. Von der offiziellen Liste antworteten insgesamt 37 Teilnehmende, andere Gruppierungen insgesamt 91 und die Anzahl der Einzelmeldungen betrug total 122. Insgesamt gingen 250 Rückmeldungen ein.

Die Menge der gesamten Rückmeldungen zur Vernehmlassung lässt auf ein reges Interesse an der Fragestellung schliessen und bringt möglicherweise eine Besorgnis bezüglich der Weiterentwicklung des Schulsystems zum Ausdruck. Da anzunehmen ist, dass sich bei einer Vernehmlassung eher die kritischen Stimmen zu Wort melden, kann das Ergebnis der Auswertung nicht als repräsentative Meinung der Gesamtbevölkerung angesehen werden.

Aufbau des Auswertungsberichts

Der Bericht gliedert sich in vier Teile.

In Teil I befindet sich neben einer Einleitung zur Vernehmlassungsanlage und den Ausführungen zum Aufbau des Berichts eine Übersicht über die Teilnehmenden der Vernehmlassung. Die Teilnehmenden wurden in zwei Hauptgruppen unterteilt, wovon die eine aus den Teilnehmenden der offiziellen Liste, die andere aus denjenigen, die sich ausserdem an der Vernehmlassung beteiligten, besteht. Diese beiden Hauptgruppen wurden jeweils wieder in sinnvolle Untergruppen unterteilt, die in der Auswertung in den Teilen III und IV je gesondert beschrieben wurden.

Teil II des Auswertungsberichts enthält eine Übersicht über die numerischen Wertungen der Vernehmlassungsteilnehmenden. Pro Frage wurden die Teilnehmenden gemäss ihren Antworten in ein Raster positioniert, um einen schnellen Überblick über die Trends pro Fragestellung und Gruppe zu erhalten.

In Teil III sind die Stellungnahmen der Teilnehmenden der offiziellen Liste, in Teil IV diejenigen der andern Teilnehmenden festgehalten. Die Untergruppen der beiden Hauptgruppierungen wurden bei der Auswertung in einem je eigenen Kapitel separat beschrieben. Die Einzelmeldungen wurden aufgrund der eingegangenen Menge nicht einzeln analysiert, sondern lediglich in ihren Tendenzen erhoben.

Alle Rückmeldungen wurden in der Originalversion dem AVK übergeben und sind dort einsehbar.

Übersicht über die Teilnehmenden der Vernehmlassung aufgeteilt in Gruppen

Gruppen der offiziellen Liste

1. Kantonale Parteien und VSEG

1. Christlichdemokratische Volkspartei CVP
2. Freisinnig-demokratische Partei FdP
3. Sozialdemokratische Partei SP
4. Schweizer Volkspartei SVP
5. Grüne Partei GP
6. Verband Solothurner Einwohnergemeinden VSEG

2. Konferenzen und Berufsbildungszentren BBZ

7. Mittelschulkonferenz
8. Berufsbildungszentrum BBZ Solothurn-Grenchen, Direktion
9. Berufsbildungszentrum BBZ Olten, Mario Clematide
10. Schulleitung Kantonsschule Olten
11. Schulleitung Kantonsschule Solothurn, Schulleitungskonferenz SLK

3. Maturitätskommission Olten bzw. Solothurn und Pädagogische Hochschule PH

12. Pädagogische Fachhochschule Solothurn PH
13. Maturitätskommission Olten
14. Maturitätskommission Solothurn

4. Regionalschul-Kommissionen

15. Regionalschul-Kommission Wasseramt Ost
16. Regionalschul-Kommission Olten
17. Regionalschul-Kommission Dorneck
18. Regionalschul-Kommission Bucheggberg
19. Regionalschul-Kommission Gäu
20. Regionalschul-Kommission Wasseramt West
21. Regionalschul-Kommission Thal
22. Regionalschul-Kommission Solothurn Lebern
23. Regionalschul-Kommission Thierstein

5. Verbände I (schulischer Kontext)

24. Solothurner Kantonsschullehrerverband SKLV
25. Solothurner Kantonalverband für Lehrkräfte an Berufsschulen SKLB
26. Verein Pro-Gymnasium SO
27. Verband Lehrerinnen und Lehrer Solothurn LSO

6. Verbände II (auserschulischer Kontext)

28. Swiss Engineering, Sektionen Solothurn und Olten
29. Verband der Gemeindebeamten des Kantons Solothurn
30. Regionalverein Olten-Gösgen-Gäu
31. Staatspersonalverband des Kantons Solothurn
32. Regionalplanungsgruppe im Raum Grenchen + Büren
33. VPOD Solothurn
34. SYNA Die Gewerkschaft
35. Solothurner Handelskammer SOHK
36. Verein Regio Thal
37. Forum Regio Plus Verein zur Förderung des Schwarzbubenlandes und seiner Umgebung

Gruppen, die nicht auf der offiziellen Liste aufgeführt sind

7. Gemeinden

38. Rodersdorf
39. Dornach (Ammännerkonferenz Dorneck)
40. Schönenwerd
41. Grindel
42. Däniken, Eppenber-Wöschau, Gretzenbach, Niedergösgen und Schönenwerd
43. Lüterswil-Gächliwil
44. Rohr
45. Fehren
46. Herbetswil
47. Boningen
48. Oberdorf
49. Etziken
50. Wangen bei Olten
51. Mümliswil-Ramiswil
52. Meltingen
53. Lommiswil
54. Wisen
55. Welschenrohr
56. Obergösgen

8. Schulkommissionen

57. Kreisschulkommission OZ Derendingen-Luterbach
58. Primarschulkommission Selzach
59. Kreisschulkommission Grenchen-Bettlach
60. Schulkommission Hessigkofen – Tschoppach
61. Schulkommission Flumenthal
62. Kreisschulkommission Zweckverband Kreisschule Mittellösgen
63. Primarschulkommission Lüterkofen
64. Primarschulkommission Lommiswil
65. Kreisschulkommission der Kreisschule Bechburg, Oensingen
66. Schulkommission Welschenrohr
67. Schulkommission Bettlach
68. Kreisschulkommission Bellach-Lommiswil-Selzach
69. Schulkommission Rickenbach
70. Primarschulkommission Günsberg
71. Bildungs- und Kreisschulkommission Gerlafingen
72. Primarschulkommission Bellach
73. KOS Kooperative Oberstufenschule Langendorf-Oberdorf
74. Kreisschulverband Thierstein West, KTW

9. Schulleitungen, Schulen, Lehrerschaften

75. Regionales Gymnasium Laufental-Thierstein
76. Schulleitung Primarschule Langendorf, Franziska Bussmann
77. Bezirkslehrpersonen der Kreisschule Thierstein West, Toni Hänggi, Vorsteher
78. Kantonsschule Olten, Rektorin Gymnasium
79. Kreiskindergarten und Kreisprimarschule Aetingen Umteramsern Oberamsern
80. Lehrerschaft der Kantonsschule Olten, Samuel Batzli, Prorektor
81. Kreisschule Lüsslingen-Nennigkofen, Ch. Felber, Schulpräsident
82. Kreisprimarschule Stüsslingen-Rohr, Bieber Marianne Präsidentin
83. Schulleitung PS Sali, Martin Imhof / Kurt von Arx
84. Schulleitung Bifang Primarschule Olten, Beatrice Frey / Franziska Wittmer,
85. Stadt Solothurn, Schuldirektion
86. Herr S. Batzli, Prorektor des Untergymnasiums Olten
87. KOS Langendorf Schulleitung
88. Solothurner WerklehrerInnenverein SOWV
89. Abteilungskonferenz des Maturitätsprofils Wirtschaft und Recht der Fach- und Diplommittelschule an der Kantonsschule Hardwald
90. Arbeitsgruppe Untergymnasium UG

91. Verein Logopädinnen SO

10. Fachgruppen der Kantonsschulen Olten und Solothurn

Olten

- 92. Englisch
- 93. Französisch
- 94. Spanisch
- 95. Geschichte
- 96. Biologie
- 97. Maturitätsprofil Mathematik und Naturwissenschaften
- 98. Sport
- 99. Chemie
- 100. Altphilologie
- 101. Deutsch
- 102. Schulmusik und Instrumentalmusik
- 103. Mathematik
- 104. Religion
- 105. Pädagogik/Psychologie
- 106. Bildnerische Gestaltung/Kunstgeschichte
- 107. Geographie (Hardwald)
- 108. Italienisch

Solothurn

- 109. Musik
- 110. Biologie
- 111. Französisch
- 112. Sport
- 113. Russisch
- 114. Deutsch
- 115. Alte Sprachen
- 116. Physik
- 117. Italienisch
- 118. Geschichte
- 119. Mathematik

11. Weitere Gruppierungen

- 120. KSD Konferenz Solothurnischer Schuldirektoren
- 121. SO-Visionen, p.A. Bracher und Partner, Solothurn
- 122. Verein Phönix, Heidrun Dähler
- 123. Sozialdemokratische Partei der Stadt Olten
- 124. FdP Ortsparteien Dorneckberg
- 125. Schweizerischer Verband der Akademikerinnen /Sektion Solothurn
- 126. Sozialdemokratische Partei, Gretzenbach
- 127. FdP Frauen des Kantons Solothurn
- 128. Stadtkanzlei Olten

12. Einzelmeldungen

- 122 Einzelmeldungen. Nicht im Detail ausgewertet. Lediglich Tendenzen, hauptsächliche Themenpunkte

Teil II Übersicht über die numerischen Angaben der Teilnehmenden

Frage 1 Sind Sie mit dem geplanten Übergang von der Primarschule zur Sekundarschule einverstanden?

Gruppen der offiziellen Liste					
	Lehne völlig ab	Lehne eher ab	Stimme eher zu	Stimme völlig zu	Weiss nicht oder doppelte Angaben
Kantonale Parteien und VSEG	CVP SVP		FDP SP	GP VSEG	
Konferenzen und Bildungszentren	Mittelschulkonferenz SL Kanti Olten Kantonsschule Solothurn (SLK)			BBZ Olten BBZ SO-Grenchen	
Maturitätskommission Olten, PH	Maturitätskomm.Solothurn			PH	Maturitätskomm. Olten gibt allg. Stellung-nahme ab
Regionalschul-Kommissionen		Thal (Balsthal)	Wasseramt Ost Olten Bucheggberg Thierstein Gäu	Dorneck Wasseramt West Soloth.-Lebern Thal (Dünnerthal)	
Verbände I	SKLV Verin Pro-Gym. SO	LSO Solothurn		SKLB	
Verbände II	Staatspers.Verband SO	Reg.Verein OGG	SYNA Verein Region Thal Forum Regio Plus	Swiss Engineering Verband Gemeinde-beamten SO VPOD SO	
Weitere Gruppen					
Gemeinden	Däniken,Eppenberg-Wöschnau,Gretzenbach,Niederergösgen, Schönenwerd Fehren Mümliswil-Ramiswil	Wangen b/O Welschenrohr	Meltingen Oberdorf	Rodersdorf Dornach Lütterswil Herbertswil Etziken Wisen Oberergösgen	Grindel, Lommiswil gibt allg. Stellung-nahme ab
Schul-kommissionen	Hessigkofen Bechburg Rickenbach	Grenchen Lommiswil Bettlach Bellach	Welschenrohr Gerlafingen	OZ-Derendingen- Luterbach Selzach Flumenthal Mittelgösgen Lüterkofen Bärschwil Günsberg KOS Langendorf-Oberdorf PSK Bellach	Thierstein West (KTW) gibt keine Stellungnahme ab
Schulleitungen, Schulen, Lehrer-schaften	Kantonsschule Olten Untergymnasium Olten SOWV Abteilungskonf. Maturitätsprofils Olten Arbeitsgruppe UG Schulleitung PS Sali	Schulleitung Langendorf	Kreisschule Thierstein West Schuldirekt. Soloth. KOS Langendorf	Kreiskinderg.-+primarschule Aetingen, Unterramsern, Oberramsern Kreisprimarschule Stüsslingen-Rohr Kreisschule Lüsslingen-Nennigkofen Schulleitung Bifang	Reg. Gymnasium Laufental-Thierstein gibt allg. Stellung-nahme ab
Fachgruppen der Kantonsschule Olten	Englisch Französisch Chemie Spanisch Biologie Mathem.+Naturwiss. Italienisch Pädagogik/Psych. Bildn. Gestaltung Sport Religion Altphilologie Deutsch Mathematik Musik Geschichte Geographie				

Frage 1

	Lehne völlig ab	Lehne eher ab	Stimme eher zu	Stimme völlig zu	Weiss nicht oder doppelte Angaben
Fachgruppen der Kantonsschule SO	Musik Russisch Alte Sprachen Biologie Sport Geschichte Mathematik Französisch Deutsch Italienisch Physik				
Weitere Gruppierungen	Verein Phönix SP Gretzenbach Schw.Verband Akademikerinnen SO-Visionen Solothurn	SP Olten	Stadtkanzlei Olten	FdP Frauen Kt.Solothurn FDP Dorneckberg	
Einzelmeldungen	Anzahl 96	Anzahl 2	Anzahl 2	Anzahl 3	Anzahl 0

Frage 2 Sind Sie mit der Neugliederung der Sekundarschule einverstanden? (Sekundarschule mit den Typen Sek P, Sek E, Sek B und Sek K)

Gruppen der offiziellen Liste					
	Lehne völlig ab	Lehne eher ab	Stimme eher zu	Stimme völlig zu	Weiss nicht oder doppelte Angaben
Kantonale Parteien und VSEG	CVP SVP	GP	SP VSEG		FDP tendiert zwischen „völlig ablehnen“ und „eher zustimmen“
Konferenzen und Bildungszentren	Mittelschulkonferenz SL Kanti Olten Kantonsschule Solothurn (SLK)		BBZ Olten	BBZ SO-Grenchen	
Maturitätskommission Olten, PH	Maturitätskomm. Solothurn		PH		Maturitätskomm. Olten gibt allg. Stellungnahme ab
Regionalschul-Kommissionen		Bucheggberg Soloth.-Lebern Thierstein Thal (Balsthal)	Wasseramt Ost Olten Gäu	Dorneck Wasseramt West Thal (Dünnerthal)	
Verbände I	SKLV Verin Pro-Gym. SO LSO Solothurn		SKLB		
Verbände II	Reg. Verein OGG Staatspers. Verband SO	VPOD SO	Swiss Engineering SYNA Forum Regio Plus	Verband Gemeindebeamten SO Verein Region Thal	
Weitere Gruppen					
Gemeinden	Fehren Grindel Wangen b/O Mümliswil-Ramiswil		Rodersdorf Dornach Däniken, Eppenber- Wöschnau, Gretzenbach, Nid- edergösgen, Schönenwerd Meltingen Wisen Welschenrohr	Lütterswil Herbertswil Etziken Oberbösgen	Oberdorf, Lommiswil gibt allg. Stellungnahme ab
Schul-kommissionen	Mittelbösgen Bechburg Bellach Rickenbach	Selzach Grenchen Welschenrohr Bettlach Gerlafingen Kreisschulverband Thierstein West	OZ-Derendingen- Luterbach Lüterkofen Bärschwil Lommiswil Günsberg KOS Langendorf-Oberdorf PSK Bellach	Hessigkofen	Flumenthal tendiert zwischen „eher ablehnen“ und „eher zustimmen“
Schulleitungen, Schulen, Lehrerschaften	Schulleitung Langendorf Kantonsschule Olten Untergymnasium Olten SOWV Abteilungskonf. Maturitätsprofils Olten Arbeitsgruppe UG KOS Langendorf	Kreisprimarschule Stüsslingen-Rohr Kreisschule Lüsslingen-Nennigkofen Schuldirekt. Soloth.	Kreisschule Thierstein West Kreiskindergr. +-primarschule Aetingen, Unterramsen, Oberramsen Schulleitung PS Säli Schulleitung Bifang		Reg. Gymnasium Laufental-Thierstein gibt allg. Stellungnahme ab
Fachgruppen der Kantonsschule Olten	Englisch Französisch Chemie Spanisch Biologie Mathem.+Naturwiss. Pädagogik/Psych. Bildn. Gestaltung Sport Religion Altphilologie Deutsch Mathematik Musik Geschichte Geographie Italienisch				

Frage 2

	Lehne völlig ab	Lehne eher ab	Stimme eher zu	Stimme völlig zu	Weiss nicht oder doppelte Angaben
Fachgruppen der Kantonsschule Solothurn	Musik Russisch Alte Sprachen Biologie Sport Geschichte Mathematik Französisch Deutsch Italienisch Physik				
Weitere Gruppierungen	Verein Phönix SP Gretzenbach Schw.Verband Akademikerinnen SO-Visionen Solothurn	SP Olten	FDP Dorneckberg Stadtkanzlei Olten		
Einzelmeldungen	Anzahl 85	Anzahl 12	Anzahl 8	Anzahl 3	Anzahl 0

Frage 3 Sind Sie mit der stärkeren Ausrichtung des 9. Schuljahres der Sek E, B und K auf die Berufsvorbereitung einverstanden?

Gruppen der offiziellen Liste					
	Lehne völlig ab	Lehne eher ab	Stimme eher zu	Stimme völlig zu	Weiss nicht oder doppelte Angaben
Kantonale Parteien und VSEG	SVP		CVP GP VSEG	SP	FDP tendiert zwischen „völlig ablehnen“ und „eher zustimmen“
Konferenzen und Bildungszentren			Mittelschulkonferenz Kantonsschule Solothurn (SLK)	BBZ SO-Grenchen BBZ Olten SL Kanti Olten	
Maturitätskommission Olten, PH			PH Maturitätskomm.Solothurn		Maturitätskomm. Olten gibt allg. Stellungnahme ab
Regionalschul-Kommissionen		Bucheggberg Thal (Balsthal)	Thierstein	Wasseramt Ost Olten Dorneck Gäu Wasseramt West Thal (Dünnerthal) Soloth.-Lebern	
Verbände I		Verein Pro-Gym. SO	LSO Solothurn	SKLB	SKLV weiss nicht
Verbände II			Reg.Verein OGG VPOD SO SYNA	Swiss Engineering Verband Gemeindebeamten SO Verein Region Thal Forum Regio Plus	Staatspers.Verband SO weiss nicht
Weitere Gruppen					
Gemeinden		Rodersdorf	Däniken,Eppenberg-Wöschnau,Gretzenbach,Niederösgen, Schönenwerd Fehren Mümliswil-Ramiswil	Dornach Lütterswil Herbertswil Grindel Etziken Meltingen Wisen Oberösgen Welschenrohr	Wangen b/O weiss nicht Oberdorf, Lommiswil gibt allg. Stellungnahme ab
Schul-kommissionen		Rickenbach	OZ-Derendingen- Luterbach Flumenthal Mittelösgen Bärschwil Bechburg Bellach	Selzach Grenchen Hessigkofen Lüterkofen Lommiswil Welschenrohr Bettlach Günsberg Gerlafingen Kreisschulverband Thierstein West KOS Langendorf-Oberdorf PSK Bellach	Kantonsschule Solothurn (SLK) weiss nicht
Schulleitungen, Schulen, Lehrerschaften	Kreisschule Thierstein West Arbeitsgruppe UG	Kreisschule Lüsslingen-Nennigkofen Schulleitung Langendorf	Kantonsschule Olten Kreiskinder.+-primarschule Aetingen, Unterramsern, Oberramsern Kreisprimarschule Stüsslingen-Rohr Untergymnasium Olten Kreisschule Thierstein West SOWV Abteilungskonf. Maturitätsprofils Olten KOS Langendorf Schulleitung Bifang	Schuldirekt. Soloth. Schulleitung PS Sali	Reg. Gymnasium Laufental-Thierstein gibt allg. Stellungnahme ab

Frage 3

	Lehne völlig ab	Lehne eher ab	Stimme eher zu	Stimme völlig zu	Weiss nicht oder doppelte Angaben
Fachgruppen der Kantonsschule Olten	Französisch Musik Alte Sprachen		Englisch Chemie Spanisch Biologie Ma- them.+Naturwiss. Pädagogik/Psych. Bildn. Gestaltung Sport Religion Altphilologie Deutsch Mathematik Geschichte Geographie Italienisch		
Fachgruppen der Kantonsschule Solothurn	Musik Sport Geschichte Französisch Deutsch Alte Sprachen		Russisch Physik		Biologie, Mathematik, Italienisch weiss nicht
Weitere Gruppierungen		SO-Visionen Solothurn	Verein Phönix SP Gretzenbach SP Olten	FdP Frauen Kt.Solothurn FDP Domeckberg Stadtkanzlei Olten	Schw.Verband Akademikerin- nen weiss nicht
Einzelmeldungen	Anzahl 57	Anzahl 8	Anzahl 25	Anzahl 13	Anzahl 5

Frage 4 Sind Sie mit der Bildung von Sekundarschulzentren einverstanden

Gruppen der offiziellen Liste					
	Lehne völlig ab	Lehne eher ab	Stimme eher zu	Stimme völlig zu	Weiss nicht oder doppelte Angaben
Kantonale Parteien und VSEG	SVP	VSEG	CVP SP	GP	FDP tendiert zwischen „völlig ablehnen“ und „völlig zustimmen“
Konferenzen und Bildungszentren			Mittelschulkonferenz SL Kanti Olten	BBZ SO-Grenchen BBZ Olten Kantonsschule Solothurn (SLK)	
Maturitätskommission Olten, PH		PH Maturitätskomm.Solothurn			Maturitätskomm. Olten gibt allg. Stellung-nahme ab
Regionalschul-Kommissionen		Olten Thal (Balsthal) Soloth.-Lebern	Wasseramt Ost Bucheggberg Gäu	Wasseramt West Thal (Dünnerthal)	Dorneck weiss nicht Thierstein tendiert zwischen „völlig ablehnen“ und „völlig zustimmen“
Verbände I	SKLV	Verin Pro-Gym. SO LSO Solothurn	SKLB		
Verbände II		Verband Gemeinde-beamten SO Reg.Verein OGG	Swiss Engineering VPOD SO SYNA Forum Regio Plus	Verein Region Thal	Staatspers.Verband SO weiss nicht
Weitere Gruppen					
Gemeinden	Däniken, Eppenber- g-Wösch, Grenchen, Niedergösgen, Schönenwerd Fehren Wangen b/O Mümliswil-Ramiswil Oberösgen	Meltingen Wisen	Dornach Lütterswil Grindel Welschenrohr	Rodersdorf Herbertswil Etziken	Oberdorf, Lommiswil gibt allg. Stellung-nahme ab
Schul-kommissionen	Selzach Mittelösgen Bärschwil Welschenrohr Bellach Kreisschulverband Thierstein West PSK Bellach	Grenchen Bechburg Bettlach Rickenbach KOS Langendorf-Oberdorf	Flumenthal Lommiswil Gerlafingen	OZ-Derendingen- Luterbach Hessigkofen Lüterkofen Günsberg	
Schulleitungen, Schulen, Lehrerschaften	Schulleitung Langendorf Kreisprimarschule Stüsslingen-Rohr Untergymnasium Olten SOWV Arbeitsgruppe UG KOS Langendorf	Kantonsschule Olten Schuldirekt. Soloth. Schulleitung PS Säli	Kreisschule Thierstein West Kreiskinder. +-primarschule Aetingen, Unterramern, Oberramern Kreisschule Lüsslingen-Nennigkofen Abteilungskonf. Maturitätsprofils Olten Schulleitung Bifang		Reg. Gymnasium Laufental-Thierstein gibt allg. Stellung-nahme ab
Fachgruppen der Kantonsschule Olten	Französisch Mathem.+Naturwiss. Altphilologie Musik	Englisch Chemie Spanisch Biologie Pädagogik/Psych. Bildn. Gestaltung Sport Religion Deutsch Geschichte Geographie Italienisch	Mathematik		
Fachgruppen der Kantonsschule Solothurn	Musik Russisch Alte Sprachen Sport Mathematik Französisch Italienisch	Geschichte Physik			Biologie, Deutsch weiss nicht

Frage 4

	Lehne völlig ab	Lehne eher ab	Stimme eher zu	Stimme völlig zu	Weiss nicht oder doppelte Angaben
Weitere Gruppierungen		Verein Phönix SP Gretzenbach SO-Visionen Solothurn	FDP Dorneckberg Stadtkanzlei Olten	SP Olten	FdP Frauen Kt.Solothurn tendiert zwischen „eher zustimmen“ und „völlig zustimmen“ Schw.Verband Akademikerinnen weiss nicht
Einzelmeldungen	Anzahl 74	Anzahl 19	Anzahl 10	Anzahl 4	Anzahl 3

Frage 5 Sind Sie mit der Sonderregelung für das Schwarzbubenland einverstanden?

Gruppen der offiziellen Liste					
	Lehne völlig ab	Lehne eher ab	Stimme eher zu	Stimme völlig zu	Weiss nicht oder doppelte Angaben
Kantonale Parteien und VSEG		VSEG	SP SVP	CVP FDP	GP
Konferenzen und Bildungszentren	Mittelschulkonferenz SL Kanti Olten Kantonsschule Solothurn (SLK)		BBZ SO-Grenchen BBZ Olten		
Maturitätskommission Olten, PH	Maturitätskomm. Solothurn	PH			Maturitätskomm. Olten gibt allg. Stellungnahme ab
Regionalschul-Kommissionen		Olten Wasseramt West Thal (Dünnerthal)	Wasseramt Ost Thal (Balsthal) Soloth.-Lebern	Dorneck Gäu	Bucheggberg weiss nicht Thierstein tendiert zwischen „eher ablehnen“ und „eher zustimmen“
Verbände I	SKLB		LSO Solothurn	Verin Pro-Gym. SO	SKLV weiss nicht
Verbände II		Verband Gemeinde-beamten SO VPOD SO Verein Region Thal	Reg. Verein OGG SYNA	Swiss Engineering Staatspers. Verband SO Forum Regio Plus	
Weitere Gruppen					
Gemeinden	Fehren Grindel Wisen Mümliswil-Ramiswil	Lütterswil Herbertswil	Welschenrohr	Rodersdorf Dornach Etziken Däniken, Eppenberg-Wöschnau, Gretzenbach, Nidergösgen, Schönenwerd Meltingen Obergösgen	Wangen b/O weiss nicht Oberdorf, Lommiswil gibt allg. Stellungnahme ab
Schul-kommissionen	Selzach Grenchen Mittelgösgen Bärschwil Bettlach Rickenbach	Kreisschulverband Thierstein West PSK Bellach	Flumenthal Bellach KOS Langendorf-Oberdorf	OZ-Derendingen- Luterbach Hessigkofen Lommiswil Bechburg Welschenrohr Günsberg Gerlafingen	Lüterkofen weiss nicht
Schulleitungen, Schulen, Lehrerschaften	Kreisschule Thierstein West Kantonsschule Olten Kreisprimarschule Stüsslingen-Rohr Untergymnasium Olten Abteilungskonf. Maturitätsprofils Olten		Schulleitung Langendorf Kreiskindererg. +-primarschule Aetingen, Unterramsen, Oberramsen Kreisschule Lüsslingen-Nennigkofen Schuldirekt. Soloth. KOS Langendorf	SOWV	Arbeitsgruppe UG, Schulleitung PS Sali, Schulleitung Bifang, weiss nicht Reg. Gymnasium Laufental-Thierstein gibt allg. Stellungnahme ab
Fachgruppen der Kantonsschule Olten	Englisch Französisch Chemie Spanisch Biologie Mathem. + Naturwiss. Pädagogik/Psych. Bildn. Gestaltung Sport Religion Altphilologie Deutsch Mathematik Musik Geschichte Geographie Italienisch				
Fachgruppen der Kantonsschule Solothurn	Musik Sport Geschichte Italienisch	Russisch Physik	Mathematik		Alte Sprachen, Biologie, Französisch, Deutsch weiss nicht

Frage 5

	Lehne völlig ab	Lehne eher ab	Stimme eher zu	Stimme völlig zu	Weiss nicht oder doppelte Angaben
Fachgruppen der Kantonsschule Solothurn	Musik Sport Geschichte Italienisch	Russisch Physik	Mathematik		Alte Sprachen, Biologie, Französisch, Deutsch weiss nicht
Weitere Gruppierungen	Verein Phönix SP Gretzenbach Stadtkanzlei Olten			FdP Frauen Kt. Solothurn FDP Dorneckberg SO-Visionen Solothurn	SP Olten, Schw. Verband Akademikerinnen weiss nicht
Einzelmeldungen	Anzahl 46	Anzahl 5	Anzahl 9	Anzahl 8	Anzahl 18

Frage 6 Sind Sie grundsätzlich mit der Stossrichtung der Sek-I-Reform einverstanden?

Gruppen der offiziellen Liste					
	Lehne völlig ab	Lehne eher ab	Stimme eher zu	Stimme völlig zu	Weiss nicht oder doppelte Angaben
Kantonale Parteien und VSEG	CVP SVP		SP GP		FDP tendiert zwischen „eher zustimmen“ und „völlig zustimmen“ VSEG weiss nicht
Konferenzen und Bildungszentren	Mittelschulkonferenz SL Kanti Olten	Kantonsschule Solothurn (SLK)	BBZ Olten	BBZ SO-Grenchen	
Maturitätskommission Olten, PH		Maturitätskomm.Solothurn		PH	Maturitätskomm. Olten gibt allg. Stellung-nahme ab
Regionalschul-Kommissionen		Thal (Balsthal) Soloth.-Lebern	Wasseramt Ost Gäu	Thal (Dünnerthal)	Olten, Dorneck, Bucheggberg, Wasseramt West weiss nicht Thierstein tendiert zwischen „eher ablehnen“ und „eher zustimmen“
Verbände I	Verin Pro-Gym. SO LSO Solothurn		SKLB		SKLV weiss nicht
Verbände II	Reg.Verein OGG Staatspers.Verband SO		Swiss Engineering Verband Gemeinde-beamten SO VPOD SO SYNA Verein Region Thal		Forum Regio Plus weiss nicht
Weitere Gruppen					
Gemeinden	Wangen b/O Mümliswil-Ramiswil	Fehren Grindel	Rodersdorf Dornach Lütterswil Herbertswil Meltingen Obergösgen Welschenrohr Wisen	Etziken	Däniken,Eppenberg-Wöschnau,Gretzenbach,Niedergösgen, Schönenwerd weiss nicht Oberdorf, Lommiswil gibt allg. Stellung-nahme ab
Schul-kommissionen	Selzach Bechburg Rickenbach Kreisschulverband Thierstein West	Grenchen Flumenthal Mittelgösgen Welschenrohr Bettlach Bellach	OZ-Derendingen- Luterbach Hessigkofen Bärschwil Lommiswil Gerlafingen KOS Langendorf-Oberdorf PSK Bellach	Lüterkofen Günsberg	
Schulleitungen, Schulen, Lehrerschaften	Schulleitung Langendorf Kantonsschule Olten Untergymnasium Olten SOWV Abteilungskonf. Maturitätsprofils Olten Arbeitsgruppe UG KOS Langendorf	Kreisprimarschule Stüsslingen-Rohr Kreisschule Lüsslingen-Nennigkofen Schuldirekt. Soloth.	Kreiskinder. +- primarschule Aetingen, Unterramsen, Oberramsen	Schulleitung Bifang	Schulleitung PS Säli weiss nicht Reg. Gymnasium Laufental-Thierstein gibt allg. Stellung-nahme ab
Fachgruppen der Kantonsschule Olten	Englisch Französisch Chemie Spanisch Biologie Pädagogik/Psych. Bildn. Gestaltung Sport Religion Altphilologie Deutsch Mathematik Musik Geschichte Geographie Italienisch	Mathem.+Naturwiss.			

Frage 6

	Lehne völlig ab	Lehne eher ab	Stimme eher zu	Stimme völlig zu	Weiss nicht oder doppelte Angaben
Fachgruppen der Kantonsschule Solothurn	Musik Russisch Alte Sprachen Biologie Sport Geschichte Mathematik Französisch Deutsch Italienisch				Physik weiss nicht
Weitere Gruppierungen	Verein Phönix SP Gretzenbach Schw.Verband Akademikerinnen SO-Visionen Solothurn		FDP Dorneckberg	FdP Frauen Kt.Solothurn	SP Olten tendiert zwischen „eher ablehnen“ und „eher zustimmen“ Stadtkanzlei Olten weiss nicht
Einzelmeldungen	Anzahl 90	Anzahl 8	Anzahl 9	Anzahl 1	Anzahl 0

Teil III Ergebnisse nach Teilnehmer-Gruppen (der offiziellen Liste)

1. Kantonale Parteien und VSEG

In die Auswertung einbezogen wurden die Rückmeldungen von CVP, SVP, SP, FdP, GP und des Verbands der Solothurner Einwohnergemeinden VSEG.

1.1. Zusammenfassung mit den Hauptpunkten pro Teilnehmende dieser Gruppe

Die **CVP** lehnt die Reform tendenziell ab. Ihr Anliegen, das Bildungsniveau auf Volksschulstufe zu steigern, wird durch die Reform nicht berücksichtigt. Die CVP favorisiert einen Übertritt nach 5 Jahren. Durch die Zusammenfassung der bisherigen Ober- und Sekundarschule zur Sek B wird das Bildungsniveau nach unten nivelliert. Die Inhaltsdiskussion fehlt und vieles ist nicht durchdacht. Zudem erstaunt das plötzliche Tempo. Schulzentren müssen von unten nach oben wachsen und können nicht verordnet werden.

Die **SVP** lehnt die Reform vollständig ab. Ihr geht es zu wenig um Leistungsorientierung und zu sehr um Gleichmacherei. Sie verneint den starren Übertritt nach dem 6. Schuljahr und erachtet einen frühzeitigen Übertritt in progymnasiale Züge vor allem für die begabten Schüler und Schülerinnen als wichtig. Eine Vorbereitung auf die Berufswelt soll frühzeitig stattfinden, nicht erst im 9. Schuljahr. Die Spareffekte werden aufgrund der Investitionen in neue Schulzentren angezweifelt.

Die **SP** begrüsst die Reform. Der vorgelegte Zeitplan erscheint allerdings zu ehrgeizig und zu unrealistisch. Die Themen Selbst- und Sozialkompetenz wären schon vor dem 9. Schuljahr wichtig, ohne dadurch die Sachkompetenzen zu vernachlässigen. Die SP tendiert zu eher dezentralen Strukturen, also zu mehr kleineren Schulzentren. In der Standortfrage der Zentren sollte der Kanton seine Führungsrolle wahrnehmen und mehr Zeit für die Bildung der Zentren einräumen. Eine Vereinfachung des Systems als Ganzes und eine Angleichung an die Mehrheit der andern Kantone ist zwingend nötig.

Die **FdP** steht hinter der Reform. Aber, eine Reform im kleineren Rahmen hätte ev. bessere Chancen gehabt, z.B. durch die Aufteilung der Reform in Teilschritte wie Änderung der Schulstrukturen und Bildung von Schulzentren. Infolge finanzieller Mehrbelastung der Gemeinden besteht die Gefahr der Ablehnung. Die Förderlektionen nach der 6. Klasse werden begrüsst, sollten jedoch zwingend zur Begabtenförderung eingesetzt werden. Bei der Gliederung der Sek-Stufe wäre auch ein Beibehalten der bisherigen Struktur denkbar gewesen. Im Vordergrund sollte die interkantonale Einheitlichkeit stehen.

Die **Grüne Partei GP** steht hinter der Reform und bezeichnet sie als dringend notwendig. Begrüsst werden v.a. der Übertritt nach 6 Jahren und die gemeinsame Führung aller Schultypen unter dem Namen Sek. Bei der Durchlässigkeit bestehen allerdings noch Unklarheiten. Die Sek K darf nicht zum neuen Ghetto werden! Die Berufswahl sollte zur Auseinandersetzung mit Lebensorientierung und Laufbahnvorbereitung erweitert werden und schon vor der 9. Klasse beginnen. Die Schulkreise und deren obere Grösse sollten durch die Gemeinden selber festgelegt werden. Die Grüne Partei macht viele Ergänzungsvorschläge zu inhaltlichen Sachverhalten.

Der Verband Solothurner Einwohnergemeinden **VSEG** lehnt die Vorlage ab und begründet dies mit drei so genannten Killerkriterien, die eine Annahme durch das Volk sehr unwahrscheinlich machen würden:

1. die Frage der Schulstandorte bzw. der Schulkreise und das Verhältnis der Gemeinden in einem Schulkreis untereinander;
2. die Kostenfolge, welche im Infrastrukturbereich unklar wiedergegeben ist
3. die Abschaffung des Untergymnasiums

Der VSGE bezweifelt die Umsetzbarkeit der Gesetzesänderungen, da die Angelegenheit zu kompromisslos sei. Zuerst müssten die positiven und machbaren Aspekte vollzogen werden.

1.2. Aussagen der Kantonalen Parteien und des VSEG zu den Fragen 1 - 6

Frage 1: Sind Sie mit dem geplanten Übergang von der Primarschule zur Sekundarschule einverstanden?

Zwei von fünf Parteien (CVP, SVP) lehnen den Übertritt nach der 6. Klasse vollständig ab. Da die Entwicklungstempi der Schüler und Schülerinnen unterschiedlich seien, wäre eine Selektion nach fünf Jahren vorzuziehen. Begabte Schüler und Schülerinnen sollten nicht gebremst, sondern möglichst rasch dem progymnasialen Unterricht zugeführt werden.

Die SP befürwortet Frage 1, macht aber weiter keine Bemerkungen dazu. Die beiden andern befürwortenden Parteien (FdP, GP) begrüßen die schweizweite Vereinheitlichung des Übertritts sowie die Förderlektionen beim Übertritt nach der 6. Klasse. Diese sollten aber zwingend zur Begabtenförderung eingesetzt werden. Eine Weiterbildung der Lehrkräfte diesbezüglich sei notwendig.

Der VSEG meint, man müsse zur Frage des Übertrittsalters raschmöglichst einen definitiven Entscheid fällen, ohne genauer Stellung dazu zu nehmen, ob der Übertritt nach der 5. oder nach der 6. Klasse stattfinden solle.

Frage 2: Sind Sie mit der Neugliederung der Sekundarschule einverstanden? (Sekundarschule mit den Typen Sek P, Sek E, Sek B und Sek K)

Die Frage der Neugliederung der Sekundarschule wird von zwei Parteien (CVP, SVP) völlig abgelehnt und durch die GP eher ablehnend beantwortet. Eine Strukturreform ohne seriöse Inhaltsdiskussion mache keinen Sinn und bringe keine Qualitätsverbesserung. Bemängelt werden die zu wenig gewährleistete Durchlässigkeit und die vielen unbeantworteten Aspekte. Auch die Gefahr der Nivellierung des Bildungsniveaus nach unten durch die Zusammenfassung der bisherigen Ober- und Sekundarschule in die Sek B wird angesprochen. Die GP macht die warnende Äusserung, die Sek K dürfe nicht zum Ghetto werden.

Für die SP wäre sogar eine noch weniger gegliederte Oberstufe denkbar und begrüsst würde ein prüfungsfreier Übertritt und typenübergreifender Unterricht. Ob drei Förderlektionen genügen, wird in Frage gestellt und ein Lateinobligatorium an den P-Zügen wird abgelehnt.

Die Frage der Anzahl Schultypen auf der Oberstufe ist laut VSEG nicht die Kernfrage. Viel wichtiger sei die gezielte Förderung auch der schwachen Schüler. Die schlechten Chancen der heutigen Oberschüler und -schülerinnen auf dem Stellenmarkt seien ein hochbrisantes Thema.

Frage 3: Sind Sie mit der stärkeren Ausrichtung des 9. Schuljahres der Sek E, B und K auf die Berufsvorbereitung einverstanden?

Nur die SVP lehnt dieses Reformelement vollständig ab und zwar mit dem Argument, dass die Ausrichtung auf die Berufsvorbereitung erst im 9. Schuljahr zu spät sei. Die Kinder müssten frühzeitig auf die spätere Realität im Berufsleben und im Alltag vorbereitet werden.

Alle andern Parteien befürworten das Reformelement. Alle ausser der FdP äussern sich ebenfalls dahingehend, dass eher früher mit der Berufsvorbereitung begonnen werden könnte. Die FDP meint, die Berufsvorbereitung sollte alltagsnah gestaltet und der Leistungsdruck sollte aufrecht erhalten bleiben. Die GP möchte die Berufsvorbereitung erweitern zu Lebensorientierung und Laufbahnvorbereitung. Auch die Sek P solle auf die Berufsorientierung vorbereiten.

Der VSEG bezeichnet die Optimierung der Oberstufe auf diejenigen Schülerinnen und Schüler, welche eine Berufsausbildung ergreifen wollen (*immerhin rund 80 %*) als sehr positiv.

Frage 4: Sind Sie mit der Bildung von Sekundarschulzentren einverstanden?

Nur die SVP spricht sich mit dem Argument „zu teuer“ (Folgekosten für Schulbusse, Schulwegsicherung) vollständig gegen die Bildung von Schulzentren aus. Die anderen vier Parteien stimmen eher (CVP, SP) oder vollständig (FdP, GP) zu. Nebst einer Minimalgrösse für Sekundarschulzentren wird auch eine Maximalgrösse verlangt. Die SP plädiert für möglichst dezentrale Strukturen mit eher mehr Sekundarschulzentren. Die

FDP meint, wegen der finanziellen Belastung der Gemeinden berge dieses Reformelement Sprengstoff. Uneinig ist man sich bezüglich der Rollen des Kantons und der Gemeinden. Während zwei Parteien (CVP, SP) der Meinung sind, der Kanton solle bei der Bildung der Sekundarschulzentren seine Führungsverantwortung wahrnehmen, meint die GP, die Schulkreise sollten durch die Gemeinden selber festgelegt werden.

Der VSEG erachtet die vermehrte Bildung von Schulkreisen als zweifellos notwendig. Jede Kreisbildung führe aber zu Autonomieverlust, was zu Widerstand führen könnte. Die interkommunale Zusammenarbeit solle durch Anreizsysteme zustande kommen und nicht auf Zwang basieren, wie es die Vorlage vorgibt.

Frage 5: Sind Sie mit der Sonderregelung für das Schwarzbubenland einverstanden?

Bis auf die GP, die aufgrund der Unvereinbarkeit der Schulmodelle in der Nordwestschweiz keine numerische Einschätzung zu der Frage abgibt, äussern sich alle Parteien als eher (SVP, SP), bis vollständig einverstanden (CVP, FdP) mit der Sonderregelung für das Schwarzbubenland. Die CVP und SVP betonen jedoch, dass sie grundsätzlich den Übertritt nach der 6. Klasse verneinen und hier nur wegen der Vereinheitlichung mit einem Nachbarkanton zustimmen. Sie meinen, berücksichtigt werden müssten auch Sonderregelungen für andere Gemeinden, die schulisch ebenfalls auf einen Nachbarkanton ausgerichtet seien.

Der VSEG steht der Sonderlösung für das Schwarzbubenland eher skeptisch gegenüber. Sonderlösungen seien immer fragwürdig. Als positive wird gewertet, dass eine grösstmögliche Vereinheitlichung angestrebt werde.

Frage 6: Sind Sie grundsätzlich mit der Stossrichtung der Sek-I-Reform einverstanden?

Zwei der fünf Parteien (CVP, SVP) lehnen die Stossrichtung der Sek-I-Reform vollständig ab, mit den Argumenten, sie sei zu inhaltsleer, zu umfangreich und zu wenig durchdacht. Die entstehenden Mehrkosten werden als unrealistisch bezeichnet, die Spareffekte aufgrund der Investitionen für die Schulzentren angezweifelt. Auch der VSEG weist die Vorlage zurück und schlägt vor, eine gestaffelte Umsetzung zu planen und eine grösstmögliche Harmonisierung mit den übrigen Deutschschweizer Kantonen anzustreben.

Die drei andern Parteien stimmen der Stossrichtung der Reform eher (SP) oder vollständig (FdP, GP) zu. Begrüsst werden vor allem die Harmonisierungsbemühungen, der Übertritt nach der 6. Klasse und die gemeinsame Führung aller Schultypen unter dem Namen Sek. Aber auch hier sind kritische Stimmen zu vermerken, die sich dahingehend äussern, dass eine Reform im kleineren Rahmen ev. bessere Chancen gehabt hätte und dass durch eine finanzielle Mehrbelastung der Gemeinden die Gefahr der Ablehnung bestehen könnte.

Die GP fügt zusätzlich eine Reihe weiterer Anregungen an, die aufgrund ihres Detaillierungsgrads an dieser Stelle nicht wiedergegeben werden. Die entsprechenden Angaben sind dem Anhang „Tabelle der erfassten Rückmeldungen“ zu entnehmen.

2. Konferenzen und Berufsbildungszentren BBZ

In die Auswertung einbezogen wurden die Rückmeldungen der Mittelschulkonferenz, der Schulleitungen der Kantonsschulen Olten und Solothurn und der Berufsbildungszentren BBZ Solothurn-Grenchen und BBZ Olten.

Das BBZ Solothurn-Grenchen sendet drei separate Stellungnahmen, eine der Direktion und je eine der Gewerblich-industriellen Berufsschulen GIBS Grenchen und eine der GIBS Solothurn. Ausführliche Äusserungen zu den einzelnen Fragen liefert nur die GIBS Solothurn, die andern beiden geben jeweils pro Frage lediglich eine numerische Stellungnahme ab

2.1. Zusammenfassung mit den Hauptpunkten pro Teilnehmende dieser Gruppe

Die Mittelschulkonferenz lehnt die Vorlage zur Sek-I-Reform fast in allen Fragen vollständig ab (ausser Fragen 3 und 4). Die Hauptsorge gilt dabei der Qualitätssicherung bei den Zubringern zur Maturitätsschule. Wichtig ist der Mittelschulkonferenz, die Kernkompetenzen nicht zu vernachlässigen, und den mittelschulvorbereitenden Unterricht an den Kantonsschulen Solothurn und Olten zu führen.

Auch **die Schulleitung der Kantonsschule Olten** lehnt die Reform in fast allen Punkten (ausser Fragen 3 und 4) vollständig ab. In ihrer Argumentation bezieht sie sich hauptsächlich auf die Gestaltung der P-Züge. Ihrer Meinung nach sollten die Kantonsschulen als Referenzschulen verantwortlich bleiben und dem AMH unterstellt werden. Von den Anforderungen her müssten an P-Zügen Lehrkräfte unterrichten, die auf Maturitätsstufe unterrichten dürfen.

Die Schulleitung der Kantonsschule Solothurn lehnt die Reform in den Fragen 1, 2 und 5 vollständig ab, und stimmt in den restlichen Fragen vollständig oder eher zu, attestiert also auch der Stossrichtung insgesamt einige gute Elemente. Ebenso wie die Kantonsschule Olten bezieht sie sich in ihrer Argumentation hauptsächlich auf den mittelschulvorbereitenden Unterricht und ist der Meinung, dieser sei an den Kantonsschulen zu führen. Im Hinblick auf einen qualitativ hoch stehenden Unterricht müssten die Lehrpersonen über ein Gymnasiallehrerdiplom oder eine jetzige Bezirkslehrausbildung verfügen. Bezüglich Reformelement 3 (Vorbereitung auf die Maturitätsschule) werden konkrete Aussagen zu Lehrplänen, Studentafeln und pädagogischen Inhalten vermisst.

Die Stellungnahme des **BBZ Solothurn-Grenchen** gliedert sich in die drei folgenden Teile: eine Stellungnahme der Direktion des BBZ Solothurn-Grenchen, und je eine Stellungnahme der Gewerblich-industriellen Berufsschulen GIBS Grenchen und der GIBS Solothurn.

Die Aussagen der drei Stellungnahmen unterscheiden sich dahingehend, dass die BBZ Solothurn-Grenchen und die GIBS Grenchen der Vorlage in allen Punkten, ausser bei Frage 4 (Bildung von Sekundarschulzentren), zustimmen, wohingegen die GIBS Solothurn der Vorlage ausser bei Frage 3 (Ausrichtung des 9. Schuljahrs auf Berufsvorbereitung) eher ablehnend gegenübersteht.

Da sich nur die GIBS Solothurn bei den einzelnen Fragen zusätzlich zu der Punkteverteilung schriftlich geäussert hat, konnten im Kapitel 2.2 bei den Aussagen zu den einzelnen Fragen lediglich die Aussagen der GIBS Solothurn einfließen.

Das **BBZ Olten** steht hinter der Vorlage. Als positiv wird erachtet, dass die viergliedrige Sekundarschule den unterschiedlichen Leistungsvermögen gerecht werde, und dass durch den zweijährigen progymnasialen Zug die leistungstärksten Schüler und Schülerinnen gezielt auf alle MAR-Profile vorbereitet würden. Auch die Umgestaltung des 9. Schuljahrs wird im Sinne einer sehr guten Vorbereitung auf den Übertritt in die Arbeitswelt begrüsst. Dass der Übertritt in die Sekundarstufe II nicht für alle Absolventinnen und Absolventen nach dem 9. Schuljahr statfinde und damit die Berufsbildung leistungsstarke Schüler und Schülerinnen tendenziell verliere, schmälere den guten Gesamteindruck der Vorlage.

2.2. Aussagen Konferenzen und Berufsbildungszentren zu den Fragen 1 - 6

Frage 1: Sind Sie mit dem geplanten Übergang von der Primarschule zur Sekundarschule einverstanden?

Die Mittelschulkonferenz und die Schulleitungen der Kantonsschulen Olten und Solothurn lehnen den Übertritt nach dem 6. Schuljahr vollständig ab. Bevorzugt würde als einheitliche Lösung für den ganzen Kanton ein Übertritt nach der 5. Klasse, da damit auch eine Angleichung an den Nachbarkanton gewährleistet wäre. Auch die GIBS Solothurn lehnt diesen Punkt ab, weil zwei Nachbarkantone (AG und BL) das System 5/4 hätten. Auch das Thema der Begabtenförderung wird hier angesprochen, dem durch die Vorlage nicht genügend Rechnung getragen werde.

Die beiden Berufsbildungszentren stimmen bei Frage 1 der Vorlage vollständig zu. Begrüsst wird, dass die 6. Klasse generell als Orientierungsstufe geplant sei, und dass die Selektion in die Sekundarschule durch eine Aufnahmeprüfung erfolge.

Frage 2: Sind Sie mit der Neugliederung der Sekundarschule einverstanden? (Sekundarschule mit den Typen Sek P, Sek E, Sek B und Sek K)

Die Mittelschulkonferenz, die Schulleitungen der Kantonsschulen Olten und Solothurn sowie die GIBS Solothurn stehen der Neugliederung der Sek ablehnend gegenüber, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Aus Sicht der Mittelschulkonferenz und der Schulleitungen der Kantonsschulen Olten und Solothurn macht das Zusammenführen der Zubringer zur Maturitätsschule zwar Sinn, die Kantonsschulen Solothurn und Olten müssten aber unbedingt als Referenzschulen für den mittelschulvorbereitenden Unterricht gelten. Die Schulleitung der Kantonsschule Olten bezeichnet die Verkürzung des P-Zuges auf zwei Jahre gar als „amputierte Lösung“, die den bisherigen Erfahrungen völlig zuwider laufe. Die Schulleitung der Kantonsschule Solothurn meint, die progymnasialen Züge seien nach gleichen Stundentafeln und Lehrplänen zu führen. Aus ihrer Sicht machen nebst den Standorten Kantonsschulen Grenchen und Balsthal nur wenig weitere Standorte für progymnasiale Züge Sinn. Die GIBS Solothurn führt bei dieser Frage vor allem ihre Befürchtung der Niveauabsenkung in den Abteilungen E und B ins Feld.

Die beiden Berufsbildungszentren und die GIBS Grenchen stimmen bei Frage 2 der Vorlage zu. Das BBZ Olten allerdings nicht vollständig, weil der Übertritt in die Sekundarstufe II nicht für alle nach dem 9. Schuljahr statfinde. Die Oberschule solle als Restschule abgeschafft werden.

Frage 3: Sind Sie mit der stärkeren Ausrichtung des 9. Schuljahres der Sek E, B und K auf die Berufsvorbereitung einverstanden?

Bei Frage 3 stimmen alle eher (Mittelschulkonferenz, Schulleitung Kantonsschule Solothurn, GIBS Grenchen) oder vollständig (Schulleitung Kantonsschule Olten, BBZ Olten, BBZ Solothurn-Grenchen, GIBS Solothurn) zu. Als grosses Plus wird anerkannt, dass durch die neue Ausgestaltung des 9. Schuljahres gezielt und niveaugerecht auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Arbeitswelt vorbereitet werden könne. Bei den Fächern sollte es auch Wahlpflichtfächer geben und die Kernkompetenzen für den Übertritt in die Berufsmaturitätsschule oder die Fachmittelschule dürften nicht vernachlässigt werden. Ausserdem sollten weitere Gefässe für den Einbezug der Praxis bereitgestellt werden. Die Schulleitung der Kantonsschule Olten schlägt vor, im 9. Schuljahr für solche, die noch eine gymnasiale Matura ablegen wollen, eine Zusatzausbildung anzubieten.

Frage 4: Sind Sie mit der Bildung von Sekundarschulzentren einverstanden?

Die Mittelschulkonferenz und die Schulleitung der Kantonsschule Olten stimmen der Bildung von Sekundarschulzentren eher zu, unter dem Vorbehalt, dass die Kantonsschulen Solothurn und Olten Referenzschulen blieben. Der letztgenannte Vorbehalt wird auch von der Schulleitung der Kantonsschule Solothurn genannt, obwohl sie bei dieser Frage vollständig zustimmt. Die beiden Berufsbildungszentren stimmen ebenfalls vollständig zu, das BBZ Olten mit der Begründung, dass die demografische Entwicklung und die grösseren Möglichkeiten der Unterrichtsorganisation die Bildung von Schulzentren nahe legten.

Die beiden GIBS stehen der Frage 4 eher ablehnend gegenüber. Die Begründung der GIBS Solothurn basiert auf dem ambitionierten Zeitplan, der aufgrund der Umstrukturierung von Schulkreisen und nötigen Investitionen in Schulbauten so nicht umsetzbar sei. Zudem wird die starke finanzielle Belastung der Gemeinden ins Feld geführt und als politischer Sprengstoff bezeichnet.

Frage 5: Sind Sie mit der Sonderregelung für das Schwarzbubenland einverstanden?

Die Sonderregelung für das Schwarzbubenland wird von der Mittelschulkonferenz, den Schulleitungen der Kantonsschulen Olten und Solothurn und der GIBS Solothurn vollständig abgelehnt mit der Begründung: wenn schon Harmonisierung, dann auch konsequent! Man möchte mindestens eine Nordwestschweizerische Lösung anstreben.

Die andern (beide BBZ, GIBS Grenchen) stimmen eher zu. Aus Sicht des BBZ Olten macht die besondere Situation des Schwarzbubenlandes eine Sonderregelung nötig. Es hofft jedoch, dass die Übertrittsregelung im Kanton Basel-Landschaft in absehbarer Zeit ebenfalls harmonisiert wird.

Frage 6: Sind Sie grundsätzlich mit der Stossrichtung der Sek-I-Reform einverstanden?

Die Mittelschulkonferenz, die Schulleitung der Kantonsschule Olten und die GIBS Solothurn sind mit der Stossrichtung der Sek-I-Reform gar nicht oder eher nicht einverstanden, begründen dies aber je unterschiedlich.

Hauptsächliches Argument der Mittelschulkonferenz und der Schulleitung der Kantonsschule Olten ist, dass der mittelschulvorbereitende Unterricht an den Kantonsschulen zu führen sei und die Lehrpersonen über ein Gymnasiallehrerdiplom oder eine jetzige Bezirkslehrausbildung verfügen sollten. Die Hauptargumente der GIBS Solothurn beziehen sich darauf, dass man ein einheitliches System in der Nordwestschweiz anstreben möchte, dass der Fahrplan unrealistisch sei und dass die finanzielle Mehrbelastung der Gemeinden die Gefahr der Ablehnung in sich berge.

Die Schulleitung der Kantonsschule Solothurn stimmt zwar der Stossrichtung der Reform grundsätzlich eher zu, bringt aber die ähnlichen Argumente wie die Ablehnenden ein.

Die beiden BBZ sind mit der Stossrichtung der Sek-I-Reform vollständig, die GIBS Grenchen eher einverstanden. Nach Meinung des Berufsbildungszentrums Olten optimiere die vorgesehene Reform die Sekundarstufe I unter Berücksichtigung der gesamtschweizerischen Entwicklungen.

3. Maturitätskommission Olten bzw. Solothurn und Pädagogische Hochschule PH

In die Auswertung einbezogen wurden die Rückmeldungen der Maturitätskommissionen Olten und Solothurn und der Pädagogischen Hochschule PH.

Da die Maturitätskommission Olten der Meinung war, dass die Reduktion vieler individueller Stellungnahmen auf einen Fragebogen zu einer „statistischen Meinungs-Nivellierung“ führen würde, gab sie ihre Stellungnahme als grobe Zusammenfassung der Einzelmeinungen ab und führte bei den Bemerkungen zu den Fragen auf dem Fragebogen jeweils einzelne pointierte individuelle Stellungnahmen im Wortlaut auf. Letztere fliessen zum Teil im Kapitel 3.2 Aussagen zu den Fragen 1 – 6 ein.

3.1. Zusammenfassung mit den Hauptpunkten pro Teilnehmende dieser Gruppe

Eine Mehrheit der Mitglieder der **Maturitätskommission Olten** tut sich mit dem Gesetzesentwurf schwer. Hauptkritikpunkte sind die Reduktion der aktuell 3-jährigen progymnasialen Ausbildung auf lediglich 2 Jahre und die Absicht, die P-Züge auf Sekundarschulzentren ausserhalb der Kantonsschulen Olten und Solothurn zu konzentrieren. Eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder befürchtet einschneidende Nachteile bezüglich der Förderung begabter und junger Schüler. Bezweifelt wird der Qualitätsstandard der P-Züge an dezentralen Sekundarschulzentren. Befürwortet werden hingegen die Fortschritte bezüglich der Vorbereitung auf die Berufsbildung und eine gesamtkantonale Harmonisierung. Allerdings ist schwer nachvollziehbar, dass auf das im Gesetzesentwurf in allen Tönen favorisierte Modell im Schwarzbubenland offenbar mehr oder weniger problemlos verzichtet werden kann.

Auch die **Maturitätskommission Solothurn** steht der Reform in fast allen Punkten (ausser bei Frage 3) ablehnend gegenüber. Ihre Argumentation bezieht sich schwerpunktmässig auf die progymnasiale Ausbildung. Dort müsse unbedingt die Qualität sichergestellt werden. Dabei sei unbedingt auch die Qualität der Lehrerbildung im Auge zu behalten. Die Maturitätskommission unterstützt einen möglichst frühen Übertritt von der Primarschule an die Sekundarstufe I. Die Verkürzung der vorgymnasialen Ausbildung von 3 auf zwei Jahre führt ihrer Meinung nach zu einer Qualitätseinbusse in der späteren gymnasialen Bildung. Sinnvoll und logisch wäre aus ihrer Sicht eine Unterstellung der progymnasialen Stufe unter das AMH und nicht unter das AVK.

Die **Pädagogische Hochschule Solothurn PH** stimmt der Sek-I-Reform weitgehend zu. Ihre Kritikpunkte beziehen sich auf die Sonderregelung für das Schwarzbubenland, die einer gesamtschweizerischen Harmonisierung entgegenlaufe und die Bildung von Schulzentren. Nach Meinung der PH sollte sich der Kanton in die Fragen von Schulzusammenlegungen und Reorganisation der Schulstrukturen nicht einmischen, da er in diesem Bereich keine zusätzliche finanzielle Unterstützung gewähren könne. Die Vorlage hätte bessere Chancen, wenn sie unter dem Aspekt "Bildung statt Beton" stehen würde. Die ganze Diskussion um Schulstandorte und Reorganisation gefährde eine gute Vorlage.

3.2. Aussagen der Maturitätskommission und der Pädagogischen Hochschule PH zu den Fragen 1 - 6

Frage 1: Sind Sie mit dem geplanten Übergang von der Primarschule zur Sekundarschule einverstanden?

Die PH stimmt der ersten Frage im Sinne einer Orientierung am schweizerischen Durchschnitt vollständig zu und begrüsst speziell die Mittel für den Förderunterricht und somit die Möglichkeit zur individuellen Förderung. Auf der Seite der Maturitätskommission Olten sind einige kritische Stimmen vorhanden, die einen Übertritt nach der 5. Klasse favorisieren würden. Allerdings wird auch hier die landesweite Vereinheitlichung begrüsst. Die Maturitätskommission Solothurn plädiert ebenfalls für einen Übertritt nach dem 5. Schuljahr und meint, die Reform nehme keine Rücksicht auf die leistungsstarken und -willigen Schülerinnen und Schüler.

Frage 2: Sind Sie mit der Neugliederung der Sekundarschule einverstanden? (Sekundarschule mit den Typen Sek P, Sek E, Sek B und Sek K)

Die PH ist grundsätzlich mit der Standardisierung und Gliederung der Sekundarstufe I einverstanden. Der Erhalt der Kleinklassen in ihrer ganzen Vielfalt und Form scheint ihr aber übertrieben. Nach ihrer Meinung müsste eine integrative Lösung gesucht werden, und die Kleinklassen sollten generell zugunsten einer integrativen Lösung aufgehoben werden.

In der Maturitätskommission Olten wird zum Teil die Meinung vertreten, dass der heutige Differenzierungsgrad auf der Sek-Stufe zu gross sei, dass die Durchlässigkeit gewahrt bleiben müsse und daher die Zuordnung des P-Zuges zur Sekundarstufe I richtig sei. Weitere Stimmen der Maturitätskommission wiederum sagen, dass die Förderung der Akademiker zu kurz käme und dass eine zweijährige Dauer als Vorbereitung für die Maturitätsschule sehr kurz bemessen sei.

Die Maturitätskommission Solothurn äussert sich zu dieser Frage dahingehend, dass die Kantonsschulen Olten und Solothurn unbedingt als Referenzschulen einbezogen werden müssten. Durch die Verkürzung der vorgymnasialen Bildung wird eine Nivellierung nach unten befürchtet.

Frage 3: Sind Sie mit der stärkeren Ausrichtung des 9. Schuljahres der Sek E, B und K auf die Berufsvorbereitung einverstanden?

Zu Frage drei bemerken die PH und die Maturitätskommission Olten, dass die Ausrichtung der Berufsvorbereitung zu wenig weit gehe und laut Aussagen der Maturitätskommission auch bereits früher (in der 8. Klasse) beginnen solle. Die PH betont hier zusätzlich die Wichtigkeit der Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen auf dieser Stufe. Die Maturitätskommission Solothurn betont, dass die Förderung der schulischen Fächer wie Sprachen und Mathematik gewährleistet sein müsse.

Frage 4: Sind Sie mit der Bildung von Sekundarschulzentren einverstanden?

Zur Bildung von Sekundarschulzentren sind alle Teilnehmende eher kritisch eingestellt. Die PH meint, der Kanton solle sich nicht einmischen und einige Stimmen der Maturitätskommission Olten weisen auf die vielen Unklarheiten bezüglich der neuen Struktur (wie viele Zentren? Wo?) und bezüglich der Finanzierung hin. Die Maturitätskommission Solothurn punktet hier zwar eher ablehnend, meint aber im Kommentar, gegen die Bildung von Sekundarschulzentren sei grundsätzlich nichts einzuwenden.

Frage 5: Sind Sie mit der Sonderregelung für das Schwarzbubenland einverstanden?

Während sich zur Sonderlösung für das Schwarzbubenland die Maturitätskommission Olten eher befürwortend äussert, erklären sich die PH als eher nicht einverstanden und die Maturitätskommission Solothurn als gar nicht einverstanden damit. Die PH meint, unter dem Aspekt der gesamtschweizerischen Harmonisierung müsse man Sonderlösungen eher ablehnen, auch wenn dies zu politischen Differenzen mit den Nachbarkantonen führen könnte. Und die Maturitätskommission Solothurn doppelt nach, eine konsequente Harmonisierung (5/3/4) im ganzen Kanton wäre sinnvoll.

Frage 6: Sind Sie grundsätzlich mit der Stossrichtung der Sek-I-Reform einverstanden?

Die PH erklärt sich mit der Stossrichtung der Sek-I-Reform vollständig einverstanden und verlangt, dass für die Einführung und Begleitung der Behörden und Lehrpersonen zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten. Gleichzeitig erklärt sie sich bereit, die genannte Aufgabe ganz oder teilweise mit andern Hochschulen zu erfüllen.

Auf der Seite der Maturitätskommission Olten divergieren die Meinungen erheblich, während die Maturitätskommission Solothurn die Reform eher ablehnt. Bei Olten reichen die Meinungen von „Gehört in den Papierkorb“ bis zu „Mit der Reform werden verkrustete Strukturen aufgebrochen. Das neue Modell ist ideal auf die abnehmenden Schulen abgestimmt.“ Betont werden die Erfordernis, in der Lehrerweiterbildung aktiv zu werden und die Erhaltung oder Verbesserung der Durchlässigkeit horizontal und vertikal.

Solothurn unterstützt grundsätzlich die Absicht, die heute aufgesplitterte Sekundarstufe I neu zu gliedern, betont dabei aber die Harmonisierung der Ausbildungsinhalte. Ferner wird die Qualitätssicherung des progymnasialen Unterrichts ebenso wie die Qualitätssicherung der Lehrerausbildung fokussiert. Da einer frühen Selektion ein positiver Effekt sowohl auf die leistungsstarken als auch auf die leistungsschwachen Schülerinnen-

nen und Schüler attestiert wird, Unterstützt Solothurn einen möglichst frühen Übertritt von der Primarschule an die Sekundarstufe I.

4. Regionalschul-Kommissionen

In die Auswertung einbezogen wurden die Rückmeldungen der Regionalschul-Kommissionen Wasseramt Ost, Olten, Dorneck, Bucheggberg, Gäu, Wasseramt West, Thal, Solothurn Lebern und Thierstein.

Die Regionalschul-Kommissionen Bucheggberg und Thal senden jeweils zwei oder drei separate Stellungnahmen von einzelnen Schulkreisen oder Schulstufen ihrer Region. Die Einzelmeinungen sind in die nachstehende Auswertung eingeflossen.

4.1. Zusammenfassung mit den Hauptpunkten pro Teilnehmende dieser Gruppe

Die Regional-Schulkommission Wasseramt Ost ist eher mit der Reform einverstanden mit Hinweisen darauf, dass weder die Frühförderung der Begabten noch die Sek K zu kurz kommen solle, und dass die kleinen Gemeinden nicht übergangen werden dürfen.

Die Regional-Schulkommission Olten unterstützt die Stossrichtung der Reform eindeutig, zweifelt aber an der Qualität der Vorlage, indem zu viele Fragen ungeklärt seien. Kritisiert wird der Übertritt in die Oberstufe mittels Prüfungen und die Tatsache, dass zu Finanzierung, Anstellungsbedingungen und stufengerechter Ausbildung der Lehrkräfte wesentliche Aussagen fehlten.

Die Regional-Schulkommission Dorneck erklärt sich als praktisch vollständig einverstanden mit der Vorlage und drückt einen speziellen Dank an das DBK Solothurn aus für die Berücksichtigung der speziellen Situation des Schwarzbubenlandes. Die Koordination der Bezeichnungen sollte jedoch noch geprüft werden. Als wichtig wird der Erhalt der Sekundarschulzentren Büren und Dornach erachtet.

Aus der Regional-Schulkommission Bucheggberg antworten drei verschiedene Kommissionen: die Schulkommission Hessigkofen-Tscheppach, der Kreiskindergarten und die Kreisprimarschule Aetingen Unterramsern Oberamsern und die Primarschulkommission Lüterkofen. Die Aussagen sind heterogen und wenig aussagekräftig, da bei den Bemerkungen wenig angefügt wird. Das Hauptaugenmerk liegt auf den Finanzen. Das Gesetz dürfe nicht Anlass dazu sein, die Kosten vom Kanton auf die Gemeinden zu verlagern.

Die Regional-Schulkommission Gäu ist der Reform gegenüber eher ablehnend eingestellt, ausser bei der Sonderregelung für das Schwarzbubenland. Da diese auf geographischen Gegebenheiten beruhe, sei sie nicht anzuzweifeln. Hauptkritikpunkte sind: Nivellierung nach unten, die Stärkeren würden zu wenig gefördert, die Durchlässigkeit von E zu P werde erschwert, der Zeitpunkt sei ungünstig, da noch viele andere Projekte gleichzeitig liefen, Folgekosten für Familien, Gemeinden und Schulen seien zu wenig bedacht worden.

Die Regional-Schulkommission Wasseramt West ist vollständig mit der Reform einverstanden bis auf eine Bemerkung bezüglich der Sonderregelung für das Schwarzbubenland. Da ja die schweizweite Harmonisierung der Aufhänger für die Reform sei, erstaune es, dass es nicht einmal im Kanton möglich sei, eine Harmonisierung zustande zu bringen.

Aus der **Regional-Schulkommission Thal** antworten die beiden Schulkreise Dünnerthal und Balsthal separat und unterscheiden sich in ihrer grundsätzlichen Haltung der Reform gegenüber insofern, als ersterer Schulkreis eher zustimmt und letzterer eher ablehnt, was im Besonderen für die Themen des Übertritts und der Neugliederung der Sekundarschule gilt. Beide Schulkreise würden eine gesamtschweizerische Reform dem „Extra-Züglein“ des Kantons vorziehen. Die Neuausrichtung des neunten Schuljahrs wird von beiden begrüsst, dafür brauche es aber keine Reform.

Die Regional-Schulkommission Solothurn Lebern ist sehr positiv, was den Übertritt und die Ausrichtung des 9. Schuljahrs anbelangt. Eher skeptisch äussert sie sich bezüglich Kosten und Zeitplan. Befürchtet wird eine Niveausenkung, und die Zentrumsbildung mit Sek P wird als problematisch bezeichnet.

Bei der **Regionalschul-Kommission Thierstein** bestehen nebst der positiven Einstellung zum Übertritt und zur Ausrichtung des 9. Schuljahrs Befürchtungen bezüglich einer Nivellierung nach unten. Grössere Schulzentren werden nur bei vernünftigen Klassengrössen befürwortet, und wenn sie als betreute Tages-schulen mit Mittagstisch geführt würden. Zwar wird die Möglichkeit, sich dem Nachbarkanton anzupassen, geschätzt, jedoch sollte dann auch der Lehrplan und nicht nur der Zeitpunkt des Übertritts übernommen werden. Der Zeitplan für die Umsetzung wird als zu kurz und unrealistisch bezeichnet und die Unterstellung der Sek P unter die Aufsicht des AVK wird in Frage gestellt.

4.2. Aussagen der Regionalschul-Kommissionen zu den Fragen 1 - 6

Frage 1: Sind Sie mit dem geplanten Übergang von der Primarschule zur Sekundarschule einverstanden?

Dem Übertritt nach dem 6. Schuljahr stimmen die Regionalschulkommissionen mehrheitlich (ausser Gäu und Thal, Schulkreis Balsthal) zu. Vier Kommissionen (Wasseramt-Ost, Gäu, Thal, Solothurn-Lebern) weisen darauf hin, dass eine Gefahr für die begabteren Kinder bestehen könnte, zu wenig gefördert oder gebremst zu werden. Die Leistungsstreuung sei vor allem in der 6. Klasse sehr gross, und die Lehrperson könne nicht allen, vor allem nicht den begabten Schülerinnen und Schülern gerecht werden. Wenn hingegen die begabteren Kinder bereits nach der 5. Klasse überträten, könnten die Lehrkräfte in den verkleinerten 6. Klassen besser auf die Bedürfnisse der verbleibenden Kinder eingehen.

Plädiert wird auch mehrfach für eine schweizweite Vereinheitlichung des Übertritts. Olten äussert Vorbehalte gegenüber einem Übertrittsverfahren, das zwingend Prüfungen vorsieht.

Bezüglich der Fristen hat Dorneck Bedenken und schlägt individuelle Fristen, bzw. Übergangslösungen vor.

Frage 2: Sind Sie mit der Neugliederung der Sekundarschule einverstanden? (Sekundarschule mit den Typen Sek P, Sek E, Sek B und Sek K)

Der Neugliederung der Sekundarschule stehen die Regionalschul-Kommissionen eher positiv gegenüber, äussern sich aber auch kritisch dazu. Angesprochen werden die Schnittstellenproblematik zwischen der Sek E und B (Wasseramt-Ost) und die starke Verbreiterung des unteren Mittelfeldes (Gäu). Solothurn-Lebern findet, die Sek P gehöre eher nicht in die Sekundarstufe sondern ins Untergymnasium und die Wichtigkeit der Durchlässigkeit (Thierstein, Olten) wird betont.

Frage 3: Sind Sie mit der stärkeren Ausrichtung des 9. Schuljahres der Sek E, B und K auf die Berufsvorbereitung einverstanden?

Alle Regionalschul-Kommissionen ausser zwei Kommissionen aus der Region Bucheggberg sind mit diesem Reformelement einverstanden. Es soll aber nicht nur einseitig (Wasseramt-Ost) oder auf Kosten der allgemeinbildenden Fächer (Thierstein) auf die Berufswelt vorbereitet werden. Die Berufsvorbereitung sollte schon früher beginnen (Gäu, Wasseramt-West, Thierstein, Thal).

Frage 4: Sind Sie mit der Bildung von Sekundarschulzentren einverstanden?

Zur Bildung von Sekundarschulzentren sind die Regionalschul-Kommissionen eher ablehnend eingestellt, bis auf drei deutliche Zustimmungen (eine Kommission der Region Bucheggberg, Wasseramt-West, Schulkreis Dünnerthal). Mehrfach wird die Problematik von grossen Schulzentren angesprochen (Gäu, Thal, Olten, Wasseramt-Ost, Solothurn-Lebern), mit Argumenten wie schlecht überblickbar, Gewalt, Mobbing und Drogenprobleme und disziplinarische Probleme. Für Dorneck ist der Erhalt der bereits bestehenden P-Standorte wichtig. Sowohl die Kosten als auch der Zeitplan werden teilweise kritisch betrachtet (Gäu, Solothurn-Lebern).

Frage 5: Sind Sie mit der Sonderregelung für das Schwarzbubenland einverstanden?

Zur Sonderregelung für das Schwarzbubenland sind die Meinungen eher ablehnend. Man möchte lieber eine gesamtschweizerische Lösung, da dies aber nicht möglich ist, stimmt man der Sonderregelung zu (Wasseramt-Ost, Olten, Thal, Solothurn-Lebern). Dorneck und Thierstein schätzen es sehr, dass sie die Möglichkeit haben, sich dem Schulsystem des Nachbarkantons anzupassen. Gäu würde einen generellen Übertritt nach der 5. Klasse für den ganzen Kanton bevorzugen.

Frage 6: Sind Sie grundsätzlich mit der Stossrichtung der Sek-I-Reform einverstanden?

Die Stossrichtung der Reform erhält nur von Olten und Dorneck eine grundsätzliche Zustimmung. Kritikpunkte der andern betreffen die ungeklärte Kostenfrage (Dorneck, Wasseramt-Ost, Solothurn-Lebern), die mangelnde Ausgestaltung der Inhalte (Dorneck, Olten) und den zu knappen Zeitplan (Thierstein). Gäu spricht gar von einem „Einheitsbrei“, einer Nivellierung der Leistung nach unten und bemängelt, dass nirgends die Frage zum Reformelement 3 gestellt werde.

5. Verbände I (schulischer Kontext)

In die Auswertung einbezogen wurden die Rückmeldungen des Solothurner Kantonsschullehrerverbands SKLV, des Solothurner Kantonalverbands für Lehrkräfte an Berufsschulen SKLB, des Verbands Lehrerinnen und Lehrer Solothurn LSO und des Vereins Pro-Gymnasium SO.

5.1. Zusammenfassung mit den Hauptpunkten pro Teilnehmende dieser Gruppe

Der Solothurner Kantonsschullehrerverband SKLV gibt eine ablehnende Stellungnahme zur Reform ab und bezieht sich dabei fast ausschliesslich auf den Schultyp Sek P. Um zu zeigen, dass die Mittelschullehrerschaft nicht generell gegen Reformen eingestellt sei, liefert der Verband zu seiner Stellungnahme eigene Sichtweisen zu einem Reformbedarf und eine Reihe von möglichen Lösungen. Im Vordergrund der Überlegungen steht durchgängig die optimale Förderung der begabteren Jugendlichen. Der SKLV empfiehlt den Übertritt nach dem 5. Schuljahr und das Langzeitgymnasium. Bedingung sei allerdings eine gute Durchlässigkeit für „Spätentwickler“. Als dringendes Reformanliegen bezeichnet der Verband die frühere Einschulung, d.h. die Einführung einer Basisstufe, damit keine „aktive Lernverhinderung“ im Kindergarten mehr stattfinden könne.

Der Solothurner Kantonalverband für Lehrkräfte an Berufsschulen SKLB steht der Reform sehr positiv gegenüber, mit Ausnahme der Sonderlösung für das Schwarzbubenland. Bedenken werden bei der Klassengrösse (Sek B mit 22 Maximalgrösse zu gross) angemeldet. Als Hauptabnehmer (80% der Sekt-Schülerinnen und Schüler) begrüsst der Verband die Neuausrichtung des 9. Schuljahres und erachtet auch die Zertifizierung als sehr wichtig, weil dadurch das Kompetenzniveau der Schulabgängerinnen und – abgänger klar ersichtlich werde.

Obwohl **Der Verband Lehrerinnen und Lehrer Solothurn LSO** der Überzeugung ist, dass in einzelnen Bereichen der Sekundarstufe I Reformen notwendig sind, lehnt er die vorliegende Reform eher ab. Sie beinhalte mehr Nachteile als Vorteile, und die angestrebten Reformziele könnten auf diese Weise nicht erreicht werden. Hauptargumente sind dabei die befürchteten Qualitäts- und Betreuungsverluste und die nachteiligen Auswirkungen von grossen Schulzentren.

Der Verein Pro-Gymnasium SO lehnt die Reform vollständig ab, weil er im Bereich der progymnasialen Stufen eine Verschlechterung der Ausbildung für leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler sieht. Eine Gefahr bestehe ferner darin, dass die Sek B zur inferioren Schule für „zu schwache Schüler“ verkommen könnte, was eine Benachteiligung für 30 – 40 % der Schülerinnen und Schüler zur Folge hätte. Auch seien die organisatorischen und finanziellen Konsequenzen für Eltern, Gemeinden und Schülerschaft noch nicht abzu-sehen und die Einführung scheine zu überstürzt. Als störend empfindet der Verein Pro-Gymnasium SO, dass in der Vernehmlassung keine Frage zum Reformelement 3 erscheine und plädiert in dieser Frage dafür, dass den Kantonsschulen als Referenzschulen die massgebliche Verantwortung für die Vorbereitung auf die Maturitätsschulen übertragen werde. Progymnasiale Züge sollten regional in enger Zusammenarbeit mit den Kantonsschulen gebildet werden.

5.2. Aussagen der Verbände I (schulischer Kontext) zu den Fragen 1 - 6

Frage 1: Sind Sie mit dem geplanten Übergang von der Primarschule zur Sekundarschule einverstanden?

Während der SKLB den einheitlichen Übertritt in die Sekundarschule sehr begrüsst, lehnen die andern Teilnehmenden dieses Reformelement vollständig (SKLV, Pro-Gym SO) oder eher (LSO) ab. Die beiden ersten sind der Meinung, dass durch den Übertritt nach der 6 Klasse die leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler benachteiligt würden. Das Spektrum der zu betreuenden Schülerinnen und Schüler in der Primarschule sei zu breit, um allen Ansprüchen gerecht zu werden (Verein Pro-Gym.), und für die begabten Jugendlichen komme der Übertritt zu spät, da sich viele schon in der 5. Klasse langweilten (SKLV). Beide Teilnehmende bemängeln bei den Förderlektionen, diese würden den Ansprüchen nicht gerecht (Verein Pro-Gym.) und wirkten auf die Begabten eher motivationshemmend (SKLV). Dass man das 6. Schuljahr als „Orientierungsjahr“ verstehe, wecke Assoziationen zur Schulreform des Kantons Basel-Stadt, das ja zu einem Debakel geführt habe (SKLV). Der LSO findet, einen Übertritt nach der sechsten Klasse zwar sinnvoll,

bemängelt aber die unklaren Rahmenbedingungen, wie die Konzeption des Förderunterrichts, die Stunden-
tafeln oder das Übertrittsverfahren.

Frage 2: Sind Sie mit der Neugliederung der Sekundarschule einverstanden? (Sekundarschule mit den Typen Sek P, Sek E, Sek B und Sek K)

Der SKLB stimmt der Neugliederung der Sekundarschule bis auf die maximale Klassengrösse von 22 (18 wäre richtig.) zu.

Der SKLV und der Verein Pro-Gymnasium SO richten in ihrer Stellungnahme das Hauptaugenmerk auf die vorgesehene Sek P und lehnen dieses Reformelement vollständig ab. Während der SKLV die Einbindung der angehenden Maturitätsschülerinnen und –schüler in die Sekundarschule als falsch erachtet, sie sogar als „Gleichheitsideologie aus der Mottenkiste“ bezeichnet, meint der Verein Pro-Gymnasium SO, das Untergymnasium solle zusammen mit der Sek P, welche an wenigen grösseren Sekundarschulen geführt werden solle, in den beiden Kantonsschulen integriert bleiben. Die Untergymnasien müssten als Referenzschulen an der Ausgestaltung des mittelschulvorbereitenden Unterrichts massgeblich mitwirken. Die schulische Ausbildung der angehenden Studierenden müsse einem Vergleich mit den Nachbarkantonen standhalten können und die Lehrpersonen müssten über die entsprechende Befähigung verfügen (SKLV).

Der Verein Pro-Gymnasium lässt eine warnende Stimme bezüglich der Sek B verlauten. Es dürfe nicht zu einer Nivellierung nach unten kommen. Diese Absolventinnen und Absolventen müssten eine reelle Lehrstellenchance haben. Die Zusammenführung der heutigen Oberschule mit der heutigen Sek könne möglicherweise den schwierigsten Teil der ganzen Reform ausmachen.

Der LSO lehnt die Neugliederung grundsätzlich ab, weil mit den anzustrebenden Klassengrössen eine „gefährliche Reduktion vermehrt benötigten Betreuungszeit“ einhergehe. Ferner wird das Sinken des allgemeinen Niveaus aller Schultypen und eine Verschlechterung der Durchlässigkeit befürchtet. Das Argument, ein Sekundarschüler B hätte auf dem Lehrstellenmarkt bessere Chancen als ein heutiger Oberschüler, komme einem „Etikettenschwindel“ gleich.

Frage 3: Sind Sie mit der stärkeren Ausrichtung des 9. Schuljahres der Sek E, B und K auf die Berufsvorbereitung einverstanden?

Als Hauptabnehmer (80% der Sekundarschülerinnen und –schüler) begrüsst der SKLB die Neuausrichtung des 9. Schuljahres sehr. Auch der Verein Pro-Gymnasium SO begrüsst dieses Reformelement, da die heutige Vorbereitung den Anforderungen der Wirtschaft nicht entspreche. Die Reform des 9. Schuljahres könnte aber auch unabhängig von einer Gesamtreform der Sekundarstufe realisiert werden und sollte mit höchster Dringlichkeit angegangen werden. In diesem Zusammenhang wird der jetzige Zeitplan kritisiert, nach dem die Reform des 9. Schuljahres am längsten auf sich warten liesse.

Dem Argument, dass eine Verbesserung der Berufswahlvorbereitung auch ohne Reform bewerkstelligt werden könne, stimmt auch der LSO zu. Es besteht sogar eher die Befürchtung, dass durch die in der Reform vorgeschlagene, niveaumässig breiter gefächerte Sekundarschule und die damit verbundenen erhöhten Schülerzahlen die Vorbereitung auf die Berufsbildung faktisch erschwert werden könnte.

Der SKLV äussert sich zu diesem Reformelement nur in Bezug auf die Schülerinnen und Schüler, die nach dem 9. Schuljahr ins MAR-Gymnasium übertreten wollten. Für diese Jugendlichen sei die vorgesehene Ausgestaltung des 9. Schuljahres nicht geeignet und es müssten für die speziellen Möglichkeiten geschaffen werden.

Frage 4: Sind Sie mit der Bildung von Sekundarschulzentren einverstanden?

Während der SKLB mit der Bildung von Sekundarschulzentren eher einverstanden ist, aber keine weiteren Bemerkungen dazu macht, stehen die andern Teilnehmenden diesem Reformelement vollständig ablehnend (SKLV) oder eher ablehnend (Verein Pro-Gym., LSO) gegenüber, jeweils mit unterschiedlicher Argumentation.

Der SKLV meint, dass sich die Durchlässigkeit zum progymnasialen Zug auf das Ende eines Schuljahres beschränken werde und dass in der Regel mit einem Zusatzjahr zu rechnen sei. Er befürchtet nun, dass für solche Schülerinnen und Schüler der Schulweg in ein gemeinsames Schulhaus zum „Spiessrutenlaufen“ werden könnte. Ganz allgemein bestehe die Gefahr, dass es zu Spannungen zwischen verschiedenen Schultypen, wie Auslachen, Strebervorwürfen, Mobbing und Überheblichkeiten kommen könnte, wie man sie

bereits in den bestehenden Strukturen kenne. Für eine leistungsstarke Schule erweise sich eine möglichst homogene Umgebung als fördernd.

Der LSO befürchtet, dass es in grösseren Zentren vermehrt zu Problemen, wie Anonymität, Vandalismus, Gewalt und disziplinarischen Schwierigkeiten kommen könnte. Als weitere Negativargumente werden die Mehrkosten, der weitere Schulweg und die schwindende Standortattraktivität von kleineren Gemeinden ohne umfassendes Schulangebot.

Der Verein Pro-Gymnasium SO betont in seiner Kritik die nicht abzusehenden finanziellen und organisatorischen Konsequenzen dieses Teils der Sekundarreform und bezeichnet es als unverantwortlich, einer Reform zuzustimmen, bei der die Auswirkungen noch nicht klar seien. Als weiterer Unsicherheitsfaktor wird die demographische Entwicklung der nächsten Jahre ins Felde geführt.

Frage 5: Sind Sie mit der Sonderregelung für das Schwarzbubenland einverstanden?

Der Verein Pro-Gymnasium SO stimmt der Sonderregelung für das Schwarzbubenland vollständig zu mit der Ergänzung, dass es wünschenswert wäre, für den südlichen Kantonsteil die gleiche Regelung zu treffen. Der LSO stimmt eher zu, mit dem Vorbehalt, dass eine Umstellung und Vereinheitlichung auf das Modell 5/4 sollte nur erfolgen sollte, wenn die beiden Basel nicht in absehbarer Zeit auf das Modell 6/3 wechselten. Anscheinend seien in beiden Kantonen Diskussionen in dieser Richtung in Gang.

Nicht zustimmend äussern sich die andern beiden Teilnehmenden. Der SKLB meint, die Sonderregelung widerspräche der von ihm befürworteten Gleichbehandlung aller Schülerinnen und Schüler, und der SKLV verlangt die Übernahme der Sonderregelung (Übertritt nach 5 Schuljahren) für den ganzen Kanton. Es könne nicht sein, dass 13% eines Jahrgangs gratis 7.5 Jahre gymnasialen Unterricht besuchen könne, die andern aber nur 4 Jahre.

Frage 6: Sind Sie grundsätzlich mit der Stossrichtung der Sek-I-Reform einverstanden?

Während der SKLB der Stossrichtung der Reform ohne weitere Bemerkungen eher zustimmt, äussern sich die andern Teilnehmenden negativ dazu.

Der SKLV verweist auf die Tatsache, dass die Vorlage zur Reduktion von 50 – 55 Pensen an den Kantonschulen führe und spricht von Massentlassungen und Sozialplan. Er äussert sich empört über das Verschweigen dieser Probleme und protestiert gegen die Nonchalance, mit der die Regierung den Qualitätsverlust des Lehrkörpers an den Kantonsschulen in Kauf nehme, ja eigentlich provoziere.

Der Verein Pro-Gymnasium SO befürchtet in erster Linie, dass die Reform zu einer Verschlechterung der Ausbildung für die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler führen könnte und weist auf die ungeklärte Situation bezüglich vieler elementarer Fragen hin. Ihm erscheint auch die Einführung überstürzt, zumal erst 2006 Klarheit über die P-Standorte geschaffen werden solle.

Auch für den LSO gibt es noch zu viele Unbekannte in der Vorlage und er sieht darin mehr Nachteile als Vorteile. Seiner Meinung nach garantiert die heutige Dreigliedrigkeit der Oberstufe eine gezielte, nach Fähigkeiten und Begabungen ausgerichtete Bildung für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I. Der Kanton Solothurn bilde mit dieser Aufteilung nur scheinbar eine schweizerische Ausnahme. Bevölkerungsstarke Kantone wie Zürich und Aargau kennen eine ähnliche Dreigliederung.

Ergänzungen zu Reformelement 3: Vorbereitung auf die Maturitätsschule

Der SKLV und der Verein Pro-Gymnasium stören sich daran, dass zu diesem Reformelement in der Vernehmlassung keine Frage gestellt wurde und äussern sich an dieser Stelle dazu.

Der SKLV erklärt sich mit diesem Reformelement als gar nicht einverstanden und weist darauf hin, dass die Dauer von nur zwei Jahren für eine Schulstufe nicht optimal sei. Er sieht aber die Lösung nicht in einer verbesserten Variante der Sek P, sondern in einem Langzeitgymnasium, dessen erste drei Jahre an verschiedenen Standorten aber vernetzt und koordiniert angeboten werden sollten.

Der Verein Pro-Gymnasium SO betont, dass der mittelschulvorbereitende Unterricht massgeblich in der Verantwortung der Maturitätsschulen liegen müsse. Der Zuwachs an den Untergymnasien im Kanton Solothurn zeige, dass man sich in der Bevölkerung bewusst sei, dass dieser Weg für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler der beste sei. Der Verein Pro-Gymnasium SO setzt sich dafür ein, dass diese Verantwortung

den Kantonsschulen übertragen wird. Die Vorbereitung auf die Maturitätsschulen könne nicht ohne Maturitätsschulen stattfinden.

6. Verbände II (ausserschulischer Kontext)

In die Auswertung einbezogen wurden die Rückmeldungen der Swiss Engineering der Sektionen Solothurn und Olten, des Verbandes der Gemeindebeamten des Kantons Solothurn, des Regionalvereins Olten-Gösigen-Gäu OGG, des Staatspersonalverbands des Kantons Solothurn, der Regionalplanungsgruppe im Raum Grenchen + Büren REPLA GB, des VPOD Solothurn, der SYNA die Gewerkschaft, der Solothurner Handelskammer, des Vereins Region Thal und des Forum Regio Plus (Verein zur Förderung des Schwarzbubenlandes und seiner Umgebung).

6.1. Zusammenfassung mit den Hauptpunkten pro Teilnehmende dieser Gruppe

Die Swiss Engineering stimmt der Sekundarschulreform zwar mehrheitlich zu, äussert aber Befürchtungen einer Niveausenkung der heutigen Sekundarschule und einer eventuellen Zunahme des Gewaltpotenzials unter den Schülerinnen und Schülern bei der Bildung grosser Zentren. Die Auswirkungen auf die Infrastruktur in den Gemeinden durch die Übernahme der Untergymnasien seien aus finanzieller Sicht ungenügend geklärt. Ferner sollte der Text in Artikel 1 des Volksschulgesetzes der heutigen Zeit angepasst werden, der Bezug auf Gott sei problematisch.

Der Verband der Gemeindebeamten des Kantons Solothurn stimmt der Reform unter der Voraussetzung, dass die Schülerzahlen in der Sek P von 22 auf 18 gesenkt und die Berufsfindung schon ab dem 7. Schuljahr beginnen könnte zu. Doch bietet sie auch fast unüberwindbare Stolpersteine in Fragen der Schulzentren, der Sonderlösung für das Schwarzbubenland und der Finanzierung des gymnasialen Unterrichts. Der Zeitplan wird als zu euphorisch bezeichnet. Der Verband macht den Vorschlag, die Vorlage zu splitten und den Terminplan auszuweiten.

Der Regionalverein Olten-Gösigen Gäu OGG lehnt die Reform mit Ausnahme der Neuausrichtung des 9. Schuljahres vollständig ab. Bezüglich des Zeitpunkts des Übertritts werde keine Harmonisierung erreicht und es wird auf das „Sammelsurium“ von Regelungen in der Nordwestschweiz verwiesen. Ferner befürchtet man, dass der Typ B zu einem beispiellosen Sammelbecken von Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Begabungen werde und der Typ E zu einem Niveauverlust gegenüber den heutigen Bezirksschülerinnen und -schülern führe. Die Durchlässigkeit werde durch die Führung von geschlossenen P-Zügen kaum mehr möglich. Bezüglich der Bildung von Sekundarschulzentren müsse der Kanton seine Führungsverantwortung wahrnehmen. Als problematisch werden die erheblichen Mehrkosten für die Gemeinden angesehen.

Der Staatspersonalverband des Kantons Solothurn lehnt die Reform wegen Fehlen von inhaltlichen Vorgaben in ihrer Gesamtheit ab. Bevorzugt würde wie bis anhin ein gestufter Selektionszeitpunkt. Die notwendige bessere Ausrichtung der Sekundarstufe auf die Berufsvorbereitung könnte auch ohne Reform realisiert werden und sollte deutlich vor dem 9. Schuljahr beginnen. Der Verband lehnt sowohl den Abbau von mindestens 55 Vollstellen als auch den versteckten Lohnabbau (Lohnklasse 21 statt 23) strikte ab. Wenn es um „Massenentlassungen“ gehe, sei ein Sozialplan auszuhandeln. Dessen Kosten seien aber in den Kostendarstellungen nicht berücksichtigt worden. Im Zuge der laufenden Bologna-Reform sei bezüglich des Ausbildungsniveaus der Lehrkräfte an progymnasialen Schulstufen ein Master-Degree erforderlich. Eine Nivellierung nach unten soll verhindert werden. Schliesslich sei die Abschaffung der Untergymnasien unverantwortlich und als „Sparübung auf dem Buckel einer guten Schule“ bezeichnet.

Die Regionalplanungsgruppe im Raum Grenchen+ Büren PEPLA GB lehnt die Vorlage mit der Begründung „zu wenig ausgereift und daher noch nicht spruchreif“ ab. Unter Verzicht einer Analyse des pädagogischen Inhalts der Vorlage werden vielmehr finanzielle Überlegungen ins Zentrum gerückt. Wünschenswert wäre eine zusammenfassende Darstellung der beiden Vorlagen Änderung des Volksschulgesetzes und neues Mittelschulgesetz gewesen, denn eine Annahme des Mittelschulgesetzes und eine Ablehnung der Reform der Sekundarstufe I könnten gravierende finanzielle Folgen für die Gemeinden haben. Unklar sei auch, wer die Mehrkosten bei den künftigen Sek P Schulen und die Folgekosten für die Zentrumsfunktionen und Bauten tragen werde. In der Frage des Übertritts wären eine Harmonisierung mit den angrenzenden Kantonen (Aargau, BL und Bern) sowie eine gesamtschweizerische Vereinheitlichung anzustreben.

Der VPOD Solothurn erklärt sich grundsätzlich mit der Reform einverstanden, vorausgesetzt die Rahmenbedingungen stimmen. Die Reduktion der vielgliedrigen Oberstufe wird begrüsst und dürfte durchaus noch stärker ausfallen. Wenn z.B. zwischen Schülerinnen und Schülern, die besser im Klassenlehrersystem und solchen, die besser im Fachlehrersystem arbeiteten, unterschieden würde, bräuchte es nur noch maximal zwei Schultypen. Schülerinnen und Schüler sollten vor allem in ihrer Selbst- und Sozialkompetenz gefördert werden.

SYNA die Gewerkschaft ist in allen Fragen mit der Reform eher einverstanden. Lediglich bei der Frage der Neugliederung der Sekundarschule ergänzt sie mit einer zusätzlichen Bemerkung dahingehend, dass das angestrebte Ziel der besseren Durchlässigkeit zu begrüssen sei, es aber weitgehend von der Bereitschaft und der entsprechenden Ausbildung der Lehrkräfte abhängt, ob diese Durchlässigkeit auch praktiziert werden könne.

Die Solothurner Handelskammer lehnt den vorliegenden Gesetzesentwurf unter der Begründung ab, dass die darin enthaltenen Vorschläge nicht dazu geeignet seien, die bestehenden Mängel der Sekundarstufe I zu beheben. Wichtiges Ziel einer Reform sollte die signifikante und effiziente Förderung der intellektuellen Begabung der Jugendlichen sein. Durch die Zusammenlegung der Ober- und Sekundarschule werde aber eher eine Nivellierung nach unten bewirkt. Einem Übertritt nach der 6. Klasse wird nur bei klaren und überzeugenden Konzepten für die Förderung der begabten Schülerinnen und Schülern zugestimmt. Der geplante Förderunterricht mit nur drei Lektionen könne das Untergymnasium nicht ersetzen. Das bisherige differenzierte Übertrittssystem wird daher bevorzugt. Ferner bekundet die Handelskammer Verständnis für den Unmut der Gemeinden, die nicht per Dekret zu Schulkreisen gezwungen werden wollten. Die Zusammenlegung sollte überkommunal geplant aber letztlich konsensual mit den Direktbetroffenen realisiert werden.

Der Verein Region Thal steht der Reform im Sinne einer Harmonisierung des Bildungssystems in der ganzen Schweiz positiv gegenüber. Einzig bei der Frage zur Sonderregelung für das Schwarzbubenland würde man eine Harmonisierung auch zu andern Nachbarkantonen bevorzugen. Den Gemeinden sollte bezüglich Schulbauten eine längere Frist einberaumt werden, und das Konzept des Förderunterrichts erscheint dem Verein noch zu wenig ausgereift.

Das **Forum Regio Plus** (Verein zur Förderung des Schwarzbubenlandes und seiner Umgebung) befürwortet die Reform der Sekundarstufe I und argumentiert dabei aus der Sichtweise des Schwarzbubenlands, indem der starke Bezug zum Nachbarkanton Basellandschaft ins Feld geführt wird. Beispielsweise wird die Stärkung der Zentren Bättwil und Büren als unabdingbar bezeichnet, die Dornacher Schülerinnen und Schüler sollten weiterhin im Kanton Basellandschaft progymnasiale Züge besuchen können und der Bezirk Thierstein wolle seine Schülerinnen und Schüler ins Progymnasium nach Laufen schicken.

6.2. Aussagen der Verbände II (ausserschulischer Kontext) zu den Fragen 1 - 6

Frage 1: Sind Sie mit dem geplanten Übergang von der Primarschule zur Sekundarschule einverstanden?

Vier Teilnehmende (Swiss Engineering, Verband der Gemeindebeamten SO, VPOD SO, Verein Regio Thal) befürworten den Übertritt nach der 6. Klasse sehr.

Wenn schon Vereinheitlichung, dann nach 5 Jahren, meinen zwei Teilnehmende (Staatspersonaverband SO, Regionalverein OGG). Der unterschiedliche Entwicklungsstand der Jugendlichen spreche für einen gestuften Übertritt (Staatspersonalverband SO, Handelskammer SO).

Grundsätzlich ist der Übertritt richtig, aber Dorneck-Thierstein braucht den Übertritt nach der 5. Klasse Primarschule (Forum Regio Plus).

Eine etwas andere Position nimmt der VPOD Solothurn ein, indem er in Frage stellt, ob eine selektionierte Oberstufe die Schülerinnen und Schüler überhaupt in den Bereichen Selbst- und Sozialkompetenz fördere. Aus Sicht der REPLA SO finde die Harmonisierung des Übertritts mit den angrenzenden Kantonen zu wenig Beachtung.

Frage 2: Sind Sie mit der Neugliederung der Sekundarschule einverstanden? (Sekundarschule mit den Typen Sek P, Sek E, Sek B und Sek K)

Viermal wird insbesondere beim Typ B die Gefahr einer Nivellierung nach unten ins Felde geführt (Swiss Engineering, Regionalverein OGG, Staatspersonalverband SO, Handelskammer SO). Die Werkklasse verkomme zu einem Ghetto und gute Bezirksschülerinnen würden zukünftig alle den Typ P wählen, was zu einem Anstieg der Schülerzahlen auf dieser Stufe führen würde. (Regionalverein OGG). Der VPOD lehnt dieses Reformelement ab, aber indem er ein Selektionskriterium vorschlägt, das abhängig ist von der Selbstkompetenz und vom jeweiligen Entwicklungsstand der Schülerinnen und Schüler. Der Staatspersonalverband kritisiert die Liquidierung bewährter Schultypen (Untergymnasien) zugunsten noch völlig unerprobter und einzigartiger Modelle (P-Zug). Im Hinblick auf den Schülerrückgang der kommenden Jahre begrüsst der Verein Region Thal die Neugliederung der Sekundarschule. Dadurch könne eine vernünftige Klassenbildung erreicht werden.

Frage 3: Sind Sie mit der stärkeren Ausrichtung des 9. Schuljahres der Sek E, B und K auf die Berufsvorbereitung einverstanden?

Der Ausrichtung des 9. Schuljahres auf Berufsvorbereitung stimmen die Teilnehmenden zu, zwei davon meinen, man könne auch schon früher damit beginnen (Verband Gemeindebeamten SO, Staatspersonalverband SO). Swiss Engineering stellt die bessere Eignung des Zertifikats gegenüber dem Zeugnis in Frage und vermutet, dass die Eignungstests der Industrie durch ein Zertifikat nicht ersetzt werden würden. Der Regionalverband OGG meint, durch die Zertifizierung bleibe die Leistungsbereitschaft erhalten. Er fordert eine enge Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung, um die Anforderungen der Wirtschaft besser berücksichtigen zu können.

Frage 4: Sind Sie mit der Bildung von Sekundarschulzentren einverstanden?

Bei der Frage der Bildung von Schulzentren stehen die Finanzen (Verband der Gemeindebeamten SO, Handelskammer SO, Regionalverein OGG, REPLA GB) oder die Gefahr einer Zunahme des Gewaltpotenzials unter den Schülerinnen und Schülern (Swiss Engineering) im Vordergrund. Die Gemeinden dürften nicht zu Schulkreisen gezwungen werden (Handelskammer), der Kanton müsse seine Führungsfunktion wahrnehmen (Regionalverband OGG). Das Forum Regio Plus meint, eine Konzentration auf einen Standort sei nicht möglich. Die Gemeinden würden nicht neuen Schulraum bauen und bestehenden leeren. Für diesen Verein ist zudem wichtig, dass Schülerinnen und Schüler den progymnasialen Unterricht im Kanton Baselland besuchen können.

Frage 5: Sind Sie mit der Sonderregelung für das Schwarzbubenland einverstanden?

Hier sind die Meinungen unterschiedlich. Drei der Teilnehmenden sprechen sich gegen die Sonderregelung für das Schwarzbubenland aus. Sie sind entweder der Meinung, die Nachbarkantone sollten sich der besseren Lösung des Kantons Solothurn anpassen (Verband der Gemeindebeamten DO, VPOD SO), oder eine Harmonisierung mit den Nachbarkantonen, z.B. auch mit dem Aargau, sollte für alle Regionen möglich sein (Verein Region Thal). Swiss Engineering findet es sinnvoll, das Schulsystem mit dem Kanton BL abzustimmen und der Regionalverband OGG beugt sich dem Zwang der Gegebenheiten, kritisiert aber das „Sammelurium von Regelungen in der Nordwestschweiz“. Der Staatspersonalverband SO lehnt eine Vereinheitlichung des Übertritts nach dem 6. Schuljahr ohnehin strikte ab, wäre aber für eine Sonderregelung für das Schwarzbubenland, wenn eine solche Regelung zustande käme. Dem Forum Regio Plus fehlt eine Aussage bezüglich des progymnasialen Unterrichts in Büren und stellt die Frage, ob dieser nun auch ausserkantonale stattfinde.

Frage 6: Sind Sie grundsätzlich mit der Stossrichtung der Sek-I-Reform einverstanden?

Bezüglich der grundsätzlichen Stossrichtung der Reform sind die Meinungen geteilt. Fünf Teilnehmende sind zwar mit der Vorlage einverstanden, äussern aber dennoch einige Vorbehalte, wie bspw. die ungenügende Klarheit bezüglich der Finanzen (Swiss Engineering, Verband der Gemeindebeamten SO), der Schulzentren (Verein Region Thal) und der Sonderlösung für das Schwarzbubenland (Verband der Gemeindebeamten SO). Der Verband der Gemeindebeamten macht den Vorschlag, die Vorlage zu splitten und den Terminplan auszuweiten, der VPOD erklärt sich nur unter dem Vorbehalt der Erfüllung gewisser Rahmenbedingungen mit der Vorlage einverstanden.

Die Ablehnenden führen die Mehrkosten (Regionalverband OGG, REPLA GB), die fehlende innerkantonale oder gesamtschweizerische Vereinheitlichung (Regionalverband OGG, REPLA GB) oder die Gefahr der Nivellierung nach unten (Regionalverein OGG, Staatspersonalverband SO) ins Felde.

Teil IV Ergebnisse nach Teilnehmer-Gruppen (Gruppen, die nicht auf der offiziellen Liste vertreten sind)

7. Gemeinden

In die Auswertung einbezogen wurden die Rückmeldungen der 20 Gemeinden Rodersdorf, Dornach, Schönenwerd, Grindel, Däniken (als Verbund von Däniken, Eppenberg-Wöschnau, Gretzenbach, Niedergösgen und Schönenwerd), Lüterswil-Gächliwil, Rohr, Fehren, Herbetswil, Boningen, Oberdorf, Etziken, Wangen bei Olten, Mümliswil-Ramiswil, Meltingen, Lommiswil, Wisen, Welschenrohr und Obergösgen. Berücksichtigt man dabei die Aussagen der Gemeinden Lommiswil, Boningen, Rohr, Oberdorf und Schönenwerd (Siehe nachfolgenden Bemerkungen), so fliessen lediglich die Stellungnahmen von 15 Gemeinden in die Auswertung ein.

Allgemeine Bemerkungen einzelner Gemeinden

Die Gemeinde **Lommiswil** schliesst sich der Eingabe des Verbandes Solothurner Einwohnergemeinden vollumfänglich an und verzichtet daher auf eine separate Stellungnahme.

Die Einwohnergemeinde **Boningen** belässt es bei der folgenden Aussage: „Wir werden die Reform der Sekundarstufe I mit Interesse weiterverfolgen, bestehen aber darauf, dass die Gemeinde Boningen am Schulstandort Olten für die Oberstufe festhält.“ Zu den einzelnen Fragestellungen macht diese Gemeinde weiter keine Aussagen.

Die Gemeinde **Rohr** äussert sich in einer allgemeinen Stellungnahme, ohne weiter auf die einzelnen Fragen einzugehen. Grundsätzlich befürworte sie die geplante Reform, speziell im Hinblick auf das einheitliche Übertrittsalter. Aus finanziellen Überlegungen sei sie jedoch weder in der Lage noch bereit, Mehrkosten zu Gunsten des Kantons zu tragen.

Die Gemeinde **Oberdorf** betont in einer allgemeinen Stellungnahme ihre guten Erfahrungen mit der KOS, speziell die Möglichkeit der gezielten Förderung besonderer Fähigkeiten durch den Niveauunterricht. Im vorliegenden Modell KOS würden keine zusätzlichen Kosten entstehen. Es sollte daher den Gemeinden überlassen werden, ob sie eine KOS führen wollten oder nicht. Zu den einzelnen Fragestellungen macht diese Gemeinde weiter keine Aussagen.

Die Gemeinden **Däniken, Eppenberg-Wöschnau, Gretzenbach, Niedergösgen und Schönenwerd** haben in Zusammenarbeit mit den Schulkommissionen und den Schulleitungen ihrer Gemeinden eine gemeinsame Vernehmlassung zur Reform der Sekundarstufe I und dem Mittelschulgesetz verfasst. In einem einleitenden Kommentar beanstanden sie, dass zwar der Verband der Solothurner Einwohnergemeinden, nicht aber die einzelnen Einwohnergemeinden als Direktbetroffene und grösste Kostenträgerinnen zur Stellungnahme in der Vernehmlassung eingeladen worden seien. Wenn im Folgenden Däniken genannt sein wird, ist immer der Verband der fünf erwähnten Gemeinden gemeint.

Die Gemeinde **Schönenwerd** macht in Ergänzung zur gemeinsamen Vernehmlassung eine separate Aussage zum Reformelement 1, die im Wesentlichen besagt, dass der sture Übertritt nach 8 Schuljahren abgelehnt und das Untergymnasium beibehalten werden solle. Ferner seien wegen des engen inneren Zusammenhanges die beiden Reformvorhaben für Sekundarstufe I und Mittelschule zwingend gemeinsam durch den Kantonsrat zu behandeln. Zu den einzelnen Fragestellungen macht diese Gemeinde weiter keine Aussagen.

7.1. Aussagen der Gemeinden zu den Fragen 1 – 6

Frage 1: Sind Sie mit dem geplanten Übergang von der Primarschule zur Sekundarschule einverstanden?

Bei der Frage nach dem Übergang von der Primarschule zur Sekundarschule stimmen sieben Gemeinden vollständig (Rodersdorf, Dornach, Lüterswil-Gächliwil, Herbetswil, Etziken, Wisen und Obergösgen) und

eine Gemeinde (Meltingen) eher zu. Begrüssst wird dabei vor allem die Vereinheitlichung der verschiedenen Bildungssysteme in der Schweiz. Aus dem Bezirk Dorneck/Thierstein wird gewünscht, dass der Übergang nach der 5. Primarschulklasse nach dem Modell Bättwil zu vollziehen sei und es gelte abzuklären, ob das System Baselland langfristig Bestand haben werde. Aus der zustimmenden Gruppe wird mahnend angemerkt, dass die Mehrkosten nicht alleine auf die Gemeinden abgewälzt werden dürften.

Drei Gemeinden (Däniken, Fehren und Mümliswil-Ramiswil) sind bei der ersten Fragestellung gar nicht einverstanden, zwei Gemeinden (Wangen bei Olten und Welschenrohr) sind eher nicht einverstanden. Argumente aus diesem Lager lauten, das heutige Schulsystem hätte sich bewährt, und durch die Abschaffung des Untergymnasiums befürchte man eine Niveausenkung in der 6. Primarschulklasse und eine schlechtere Förderung der intelligenteren Schülerinnen und Schüler. Auch die Kostenfrage wird hier angeschnitten. Die Kosten, welche neu den Gemeinden übertragen würden, müssten klarer ausgewiesen werden und es müssten Lösungen für anderweitige finanzielle Entlastung der Gemeinden aufgezeigt werden.

Die Gemeinde Grindel ist weder ablehnend noch zustimmend, meint aber eine Koordination der Übertritte in der Schweiz solle angestrebt werden.

Frage 2: Sind Sie mit der Neugliederung der Sekundarschule einverstanden? (Sekundarschule mit den Typen Sek P, Sek E, Sek B und Sek K)

Acht Gemeinden äussern sich bei Frage 2 eher (Rod ersdorf, Dornach, Däniken, Meltingen, Welschenrohr und Wissen), bis vollständig zustimmend (Herbetswil und Etziken). Betont wird eine Koordination der Typenbezeichnung mit dem Kanton Baselland und einmal mehr wird die Befürchtung einer Niveausenkung in den Kernkompetenzen geäussert. Die Durchlässigkeit müsse unbedingt gewährleistet bleiben, insbesondere zwischen der Sek B und K. Die Gemeinde Obergösgen betont, dass der Übertritt nach zwei Jahren von der Sek P in die Maturitätsstufe sinnvoll sei, da im dritten Jahr der übrigen Sek-Stufen der Schwerpunkt in der Vorbereitung auf die Berufsausrichtung liege. Die Gemeinde Rod ersdorf plädiert dafür, dass eine Sek P unbedingt auch in Bättwil erhalten bleiben solle.

Vier Gemeinden (Grindel, Fehren, Wangen bei Olten und Mümliswil-Ramiswil) sind mit der Neugliederung der Sekundarschule gar nicht einverstanden. Das durchgängige Argument hier ist die befürchtete Nivellierung nach unten und die Abschaffung der bewährten Progymnasien. Auch eine genügende Durchlässigkeit wird in Frage gestellt.

Frage 3: Sind Sie mit der stärkeren Ausrichtung des 9. Schuljahres der Sek E, B und K auf die Berufsvorbereitung einverstanden?

Bei Frage 3 stimmen acht Gemeinden (Grindel, Lüt erswil, Herbetswil, Etziken, Meltingen, Wissen, Welschenrohr und Obergösgen) vollständig und zwei Gemeinden (Däniken und Mümliswil-Ramiswil) eher zu. Nach Meinung der befürwortenden Gemeinden, solle die Berufsvorbereitung eher schon früher, bereits im 8. Schuljahr, stattfinden. Die stärkere Ausrichtung auf die Berufsvorbereitung mit der Sek-I-Reform solle nicht auf Kosten der allgemeinbildenden Fächer gehen. Der Gemeindeverbund Däniken wünscht, dass statt eines Zertifikats kantonale Abschlussprüfungen durchgeführt würden.

Die ablehnende Gemeinde (Rod ersdorf) äussert zum Teil die ähnlichen Argumente. Die Berufswahl solle schon früher beginnen und entsprechend moderat eingeführt werden.

Drei Gemeinden (Dornach, Fehren und Wangen bei Olten) geben zu dieser Frage keine Stellungnahme ab.

Frage 4: Sind Sie mit der Bildung von Sekundarschulzentren einverstanden?

Drei Gemeinden (Rod ersdorf, Herbetswil und Etziken) stimmen der Bildung von Sekundarschulzentren vollständig zu. Rod ersdorf ist froh, dass Bättwil ein Sekundarschulzentrum mit Sek P bleibt, Herbetswil meint, der Zeitplan sei um zwei Jahre zu verschieben, und Etziken findet, im äusseren Wasseramt seien sie auf dem guten Weg.

Vier Gemeinden (Dornach, Grindel, Lüt erswil-Gächliwil und Welschenrohr) sind mit der Bildung von Sekundarschulzentren eher einverstanden. Dornach will dabei an den bisherigen Standorten festhalten und betont, dass die Dornacher Schülerinnen und Schüler weiterhin progymnasiale Züge im Kanton Baselland besuchen können müssten.

Die Gemeinde Grindel unterstützt ein Zentrum Gilgenberg/Thierstein West, weist aber wie auch die beiden Gemeinden Lüt erswil-Gächliwil und Welschenrohr auf die Gefahr eines grösseren Konfliktpotenzials bei

grösseren Zentren hin und betont die höheren Kosten. Die Unklarheit betreffend Finanzierung ist besonders bei der Gemeinde Welschenrohr ein Thema.

Vollständig abgelehnt wird die Bildung von Sekundarschulzentren von fünf Gemeinden (Däniken, Fehren, Wangen bei Olten, Mümliswil-Ramiswil und Obergösgen). Zwei Gemeinden (Meltingen und Wisen) äussern sich bei dieser Frage eher ablehnend. Praktisch alle ablehnenden Gemeinden argumentieren mit dem höheren Konflikt- und Gewaltpotenzial an grösseren Schulzentren. Möglicherweise führe die Bildung von Schulzentren zur Abwanderung von Familien in grössere Gemeinden. Die Frage der bereits vorhandenen und zukünftigen Nutzung von Infrastruktur wird vielfach thematisiert.

Sehr dezidiert gegen die Bildung von Sekundarschulzentren äussert sich der Gemeindeverbund Däniken, indem er von „Investitionsruinen“ spricht, da in den letzten Jahren Millionen von Franken in Schulbauten der Sekundarstufe investiert worden seien, die nach der Umsetzung der Schulreform nicht mehr als Schulhäuser benötigt würden. Bezogen auf die geplanten Sekundarschulzentren spricht der Gemeindeverbund von einer „Mogelpackung“, da es noch zu viele Unbekannte gebe. Die Vorgehensweise, nach der die Gemeinden zur Bildung von Sekundarschulzentren gezwungen werden könnten, wird als inakzeptabel befunden. Vorstellbar wäre, dass in den nächsten Jahren auch ohne Strukturreform eine gemeinsame Oberstufe Niederamt mit den vier Standorten Niedergösgen, Schönenwerd, Gretzenbach und Däniken unter einer Leitung eingeführt werde.

Ebenfalls stark ablehnend äussert sich die Gemeinde Obergösgen. Sie befürchtet das Entstehen von Zweiklassen-Schulstandorten und die Beeinträchtigung der Durchlässigkeit. Benachteiligt wären diejenigen Gemeinden in den Kreisen ohne P-Zug. Die Kreisschule Mittlegösgen sei infrastrukturell für die Eingliederung aller Sekundarstufen bestens geeignet und vorbereitet.

Frage 5: Sind Sie mit der Sonderregelung für das Schwarzbubenland einverstanden?

Fünf Gemeinden (Rod ersdorf, Dornach, Däniken, Etziken und Meltingen) stimmen der Sonderregelung für das Schwarzbubenland vollständig zu, zwei Gemeinden (Welschenrohr und Obergösgen) stimmen eher zu. Es wird betont, dass weiterhin eine Gesamtschweizerische Lösung angestrebt werden solle und die Nachhaltigkeit der Sek I-Lösung im Kanton BL zu überprüfen sei.

Die vier vollständig ablehnenden Gemeinden (Grindel, Fehren, Mümliswil-Ramiswil und Wisen) und die zwei eher ablehnenden Gemeinden (Lüt erswil-Gächliwil und Herbetswil) führen aus, dass eine Sonderlösung einer gesamtschweizerischen Harmonisierung entgegenlaufe. Dabei würde eine 6/3-Lösung akzeptiert, wenn weiterhin ein Übertritt ins PG nach der 5. Klasse möglich wäre. Auch eine Harmonisierung zu andern Nachbarkantonen würde im Sinne einer Gleichbehandlung aller Regionen begrüsst.

Die Gemeinde Wangen bei Olten äussert sich nicht zu Frage 5.

Frage 6: Sind Sie grundsätzlich mit der Stossrichtung der Sek-I-Reform einverstanden?

Zwei Gemeinden (Etziken und Obergösgen) stimmen der Stossrichtung der Sek-I-Reform vollständig zu. Obergösgen macht ausser der allgemeinen Zustimmung die Einschränkung, dass keine Trennlinie zwischen dem P-Zug und den übrigen Sek-Stufen erfolgen dürfe, weil man damit Gefahr laufen würde, dass bewährte Kreisschulen zu zweitrangigen Schulzentren würden.

Sieben Gemeinden (Rod ersdorf, Dornach, Lüt erswil-Gächliwil, Herbetswil, Meltingen, Wisen und Welschenrohr) stimmen der Stossrichtung eher zu. Dabei wird mehrfach auf die Kosten hingewiesen, im Sinne von nochmaliger Überprüfung. Man ist der Meinung, die Kosten habe der Kanton zu tragen und die Veränderungen dürften nicht auf Kosten der Ausbildungsqualität gehen. Zweimal wird auf die anzustrebende gesamtschweizerische Koordination hingewiesen, während Rod ersdorf und Dornach die Sonderlösung, resp. die Abstimmung auf den Nachbarkanton begrüssen.

Drei Gemeinden (Däniken, Wangen bei Olten und Mümliswil-Ramiswil) lehnen die Stossrichtung vollständig ab, zwei Gemeinden (Grindel und Fehren) lehnen sie eher ab. Dreimal wird ein einheitliches Bildungssystem in der ganzen Schweiz als viel wichtiger als die Sek-I-Reform betrachtet. „Warum wird der Kantonligeist beibehalten?“ (Welschenrohr). Argumentiert wird auch mit zu vielen unklaren und unvollständig aufgeführten Komponenten in der Vorlage, vor allem was die Kosten anbelangt.

Der Gemeindeverbund Däniken macht die dezidierte Äusserung, die vorliegende Reform der Sekundarstufe I sei als Ganzes nicht zwingend nötig und unter dem Aspekt der Zentrumsbildung vollumfänglich abzulehnen. Er verlangt ausserdem, dass den gewachsenen dezentralen Strukturen des eigenen Bezirksschulkreises

Rechnung getragen werde und dass die Art der Kooperation zwischen den Standorten durch die Gemeinden autonom geregelt werden könne. Der heutige Bezirksschulkreis müsse aufgrund seiner Grösse ein Standort mit Abteilungen der Sekundarschule P sein.

Die Gemeinde Wangen bei Olten würde eine dreistufige Schule bevorzugen, da sie den Fähigkeiten der einzelnen Schülerinnen und Schüler besser gerecht werde und somit besonders begabtere Schülerinnen und Schüler besser gefördert werden könnten.

Die Gemeinde Mümliswil-Ramiswil lehnt die Reform entschieden ab. Sie ziehe an der Sache vorbei und es sei unverantwortlich, die UG und Progymnasien abzuschaffen. Ausserdem wird bemängelt, dass viel zuviel auf die Verordnungsstufe delegiert werde, anstatt es im Gesetz klar zu fixieren.

8. Schulkommissionen

In die Auswertung einbezogen wurden die Rückmeldungen von insgesamt 18 Schulkommissionen, der Kreisschulkommissionen Derendingen-Luterbach, Grenchen-Bettlach, Bechburg-Oensingen, Bellach-Lommiswil-Selzach und des Zweckverbands Kreisschule Mittellösgen, der Schulkommissionen Hessigkofen-Tscheppach, Flumenthal, Welschenrohr, Bettlach und Rickenbach, der Primarschulkommissionen Selzach, Lütlikofen, Lommiswil, Günsberg und Bellach, der Bildungs- und Kreisschulkommission Gerlafingen, der KOS Kooperative Oberstufenschule Langendorf-Oberdorf und des Kreisschulverbands Thierstein West KTW.

Um den Text möglichst übersichtlich zu halten wird in den nachfolgenden Ausführungen jeweils, bei Nennung des Absenders der entsprechenden Aussage, nur die Ortschaft, resp. das Kürzel KTW erwähnt.

8.1. Aussagen der Schulkommissionen zu den Fragen 1 - 6

Frage 1: Sind Sie mit dem geplanten Übergang von der Primarschule zur Sekundarschule einverstanden?

Bei der Frage zum Übergang von der Primarschule zur Sekundarschule sind sieben Schulkommissionen vollständig (Derendingen-Luterbach, Selzach, Flumenthal, Mittellösgen, Günsberg, Bellach und Langendorf-Oberdorf) und zwei eher einverstanden (Welschenrohr, Gerlafingen). Ein einheitlicher Übertritt, im Sinne einer gesamtschweizerischen Einheitlichkeit, sei das einzig richtige. Alle Schülerinnen und Schüler hätten dadurch die gleichen Chancen, sowohl Früh- als auch Spätzügler. Die Förderkurse werden vor allem für diejenigen Schülerinnen und Schüler begrüsst, die nach dem heutigen System die 6. Klasse im Untergymnasium besuchen. Eine mahnende Stimme (Selzach) bemerkt, dass leistungsstarke Schülerinnen und Schüler nicht gebremst werden dürften.

Je vier Schulkommissionen stimmen mit dem Übergang eher nicht zu (Grenchen-Bettlach, Lommiswil, Bettlach und Bellach-Lommiswil-Selzach) oder gar nicht zu (Hessigkofen-Tscheppach, Bechburg-Oensingen, Rickenbach und Solothurn). Befürchtungen von dieser Seite lauten, nach dem neuen System verkomme das 6. Schuljahr für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler zum Leerlauf (Bechburg-Oensingen), der stärkere Schüler habe mit diesem neuen System das nachsehen (Rickenbach) und der P-Zug sei mit zwei Jahren zu kurz, sechs Jahre Primarschule seien für gute Schülerinnen und Schüler zu lang (Lommiswil). Der Förderunterricht wird vielfach angesprochen, zum Teil begrüsst, vielfach aber auch skeptisch beleuchtet. Er sei zu wenig klar definiert, und er müsse unbedingt auch zur Förderung der leistungsstarken Schülerinnen und Schüler dienen. Eine Schulkommission (Bechburg-Oensingen) ist dezidiert gegen die Abschaffung des Untergymnasiums, da dies in krassem Widerspruch zu den Forderungen der Wirtschaft stehe. Die Frage der Einheitlichkeit sollte sowohl inner- wie auch interkantonal einheitlich geregelt sein (Bettlach)

Frage 2: Sind Sie mit der Neugliederung der Sekundarschule einverstanden? (Sekundarschule mit den Typen Sek P, Sek E, Sek B und Sek K)

Sieben Schulkommissionen erklären sich mit der Neugliederung der Sekundarschule einverstanden (Hessigkofen-Tscheppach, Derendingen-Luterbach, Lütlikofen, Lommiswil, Günsberg, Bellach, Langendorf-Oberdorf). Trotz der numerischen Zustimmung dieser Teilnehmenden und der Aussage, weniger Schultypen auf der Sekundarstufe 1 sei eher positiv, überwiegen von dieser Seite doch die skeptischen Stimmen. Eine generelle Niveausenkung, im Speziellen in der Sek B wird befürchtet. Die OS müsse erhalten bleiben, da insbesondere diese Schüler und Schülerinnen mehr Betreuung verlangten. Die Klassengrössen stimmten nicht mehr, indem z.B. Oberschüler und -schülerinnen nicht mitgetragen werden könnten. In Orten mit hohem Ausländeranteil könnte sich dies nachteilig auf das Schulniveau auswirken. Ausserdem sollte eine Heterogenisierung Werkklasse, Oberschule vermieden werden.

Eher nicht einverstanden (Selzach, Grenchen-Bettlach, Welschenrohr, Bettlach und Gerlafingen) und gar nicht einverstanden (Mittellösgen, Bechburg-Oensingen, Bellach-Lommiswil-Selzach, Rickenbach und Solothurn) mit der Neugliederung der Sekundarschule sind jeweils fünf Schulkommissionen. Auch von dieser Seite wird ein Absinken des Niveaus befürchtet. Eine Schulkommission (Welschenrohr) drückt es dezidiert aus: „Was ändert? Die Schüler und Schülerinnen werden wiederum in Kategorien eingeteilt. Sie werden

somit nicht intelligenter und lernen nicht mehr. Das Lehrstellenproblem wird auch mit der Neugliederung nicht gelöst. Es ändert überhaupt nichts sondern verursacht nur Kosten.“

Die Lehrstellensituation werde durch das neue System für die B-Schülerinnen und Schüler schlechter (Bechburg-Oensingen). Ein heutiger Sek.-Schüler finde zurzeit relativ gut eine Lehrstelle, im neuen System sei er ein B-Schüler.

Frage 3: Sind Sie mit der stärkeren Ausrichtung des 9. Schuljahres der Sek E, B und K auf die Berufsvorbereitung einverstanden?

Alle Schulkommissionen ausser einer (Rickenbach) stimmen der stärkeren Ausrichtung des 9. Schuljahres auf die Berufsvorbereitung eher oder vollständig zu. Die Ausrichtung stimmt, es sollte aber nicht einseitig nur auf die Berufslehre vorbereitet werden (Derendingen-Luterbach) und die stärkere Berufswahlvorbereitung sollte keinesfalls auf Kosten der Vermittlung von Basiswissen gehen (Bellach-Lommiswil-Selzach, KTW). Ausserdem sollten Wahlpflichtfächer, anstatt Wahlfächer, angeboten (Grenchen-Bettlach, Bettlach) und dieselben um Persönlichkeitsbildung und Kommunikation erweitert werden (Günsberg). Bechburg-Oensingen meint, für die dringend notwendige Reform des 9. Schuljahres brauche es keine Strukturreform. Für die eher ablehnende Kommission Rickenbach kommt die Berufsbildung erst im 9. Schuljahr zu spät. Diese müsste spätestens im 8. Schuljahr beginnen.

Frage 4: Sind Sie mit der Bildung von Sekundarschulzentren einverstanden?

Fünf Schulkommissionen stimmen bei ihrer numerischen Wertung der Bildung von Schulzentren vollständig (Derendingen-Luterbach, Günsberg) oder eher zu (Hessigkofen-Tscheppach, Flumenthal, Lommiswil), bringen bei den Bemerkungen aber eher ablehnende Argumente ein. Mit Ausnahme der Kommission Derendingen-Luterbach, die meint, ihr Schulkreis erfülle bereits die Vorgaben. Die andern erwähnen die hohen Baukosten für Neubauten, den straffen Zeitplan und die negativen Einflüsse wie Drogen oder Gewalt der grossen Zentren auf die Kinder.

Von der grösseren Gruppe der ablehnenden Schulkommissionen werden als Hauptargumente dieselben Probleme von grösseren Zentren angesprochen (Selzach, Grenchen-Bettlach, Mittelgösgen, Bechburg-Oensingen, Bellach, KTW) und die Tatsache, dass an manchen Orten bestehende Schulräume geschlossen werden müssten, um an andern neue zu bauen (Welschenrohr, Mittelgösgen, Bechburg-Oensingen, Bellach). In diesem Zusammenhang werden auch die Mehrkosten kritisiert, die vor allem zu Lasten der Gemeinden und allenfalls der Eltern gehen würden. Zwei Schulkommissionen betonen, dass bei ihnen bereits die optimale Infrastruktur zur Führung aller Stufen zur Verfügung stehe (Mittelgösgen, Bellach-Lommiswil-Selzach). Der KTW befürchtet, dass Sekundarschulzentren im Thierstein zu massiv verlängerten Schulwegen führen würden, ohne dass die Bildungsqualität besser würde.

Zwei Schulkommissionen (Lüterkofen, Gerlafingen) äussern sich nicht zu dieser Fragestellung.

Frage 5: Sind Sie mit der Sonderregelung für das Schwarzbubenland einverstanden?

Das Bedauern darüber, dass keine gesamtschweizerische Harmonisierung möglich sei, überwiegt auch bei den sechs völlig zustimmenden Schulkommissionen (Derendingen-Luterbach, Hessigkofen-Tscheppach, Lommiswil, Bechburg-Oensingen, Welschenrohr, Günsberg) und den drei eher zustimmenden Schulkommissionen (Flumenthal, Bellach-Lommiswil-Selzach, Langendorf-Oberdorf). Der Sonderregelung für das Schwarzbubenland wird von diesen Teilnehmenden nur ‚wohl oder übel‘ zugestimmt.

Für zwei der zustimmenden Kommissionen (Bechburg-Oensingen, Bellach-Lommiswil-Selzach) wäre auch ein einheitlicher Übertritt nach der 5. Klasse in Frage gekommen, im Sinne einer Angleichung an die Nachbarkantone in der Nordwestschweiz.

Die Schulkommission Langendorf-Oberdorf merkt an, dass auch für gut funktionierende Schulen wie für ihre KOS Langendorf-Oberdorf eine Sonderregelung möglich sein müsste.

Die vollständig ablehnenden (Selzach, Grenchen-Bettlach, Mittelgösgen, Bettlach, Rickenbach, Solothurn) und die eher ablehnenden Schulkommissionen (Bellach, KTW) sind der Meinung, dass eine Einheitlichkeit in der Nordwestschweiz ein Muss sei und es nicht angehe in einer Reform Ausnahmen zu definieren. „Der Kantönigeist muss im Schulwesen zu Ende gehen“ (Mittelgösgen). Dies werde auch von Arbeitgebern gefordert. Auch das angestrebte Tempo wird kritisiert (Rickenbach). Die Rede ist von einer „totalen Überarbeitung des Systems.“ Die KTW bevorzugt die individuellen Lösungen gemäss RSA. Die gymnasiale Schul-

zeit bis zur Matura dauere schon seit der Umstellung auf den Herbstschulbeginn 12,5 Jahre und koste damit ein halbes Jahr mehr bzw. länger.

Für die Kommission Lüterkofen ist diese Frage für den Bezirk Bucheggberg nicht relevant.

Frage 6: Sind Sie grundsätzlich mit der Stossrichtung der Sek-I-Reform einverstanden?

Zwei der Schulkommissionen erklären sich mit der Stossrichtung der Sek-I-Reform vollständig einverstanden (Lüterkofen, Günsberg), sechs als eher damit einverstanden (Derendingen-Luterbach, Hessigkofen-Tscheppach, Lommiswil, Gerlafingen, Bellach, Langendorf-Oberdorf), führen aber gleichzeitig fast ausschliesslich kritische Argumente dazu ins Felde. Hingewiesen wird dabei auf die problematische Kosten-Nutzen-Frage. Typisch dafür ist die Aussage: „Wir wünschen mehr Investitionen in Bildungsanliegen statt in Beton“ (Bellach). Langendorf-Oberdorf möchte ganz klar an ihrer KOS festhalten. Mit ihrem System würden die Forderungen der Reform voll und ganz erfüllt.

Die Gefahr des Qualitätsverlustes durch die Heterogenisierung in den Klassen wird angesprochen (Derendingen-Luterbach), ferner das Problem der Umschulung von Lehrpersonen, teurer Weiterbildung und Löhnen (Lommiswil), und ausserdem wird der unrealistische Zeitplan kritisiert (Gerlafingen).

Von den mit der Stossrichtung eher nicht einverstanden Schulkommissionen (Grenchen-Bettlach, Flumenthal, Mittelgösgen, Welschenrohr, Bettlach, Bellach-Lommiswil-Selzach, Solothurn), sowie von den mit ihr gar nicht einverstanden Schulkommissionen (Selzach, Bechburg-Oensingen, Rickenbach, KTW) werden zum Teil die gleichen Argumente ins Felde geführt. Gewünscht wäre eine konsequente Harmonisierung im ganzen Kanton (Solothurn) oder noch besser in der ganzen Nordwestschweiz (Grenchen-Bettlach, Bettlach, Welschenrohr), da die Mehrheit der Nachbarkantone andere Systeme habe. Ferner wird der Zeitplan als unrealistisch betrachtet (Grenchen-Bettlach, Flumenthal, Bettlach, Bellach-Lommiswil-Selzach) und auch die Kosten werden als Negativum aufgeführt. Die finanzielle Mehrbelastung der Gemeinden könnte eine Ablehnung der Reform mit sich bringen. Eventuell hätte eine Reform in Teilschritten, z.B. durch Trennung der Teile ‚Schulstrukturen‘ und ‚Schulzentren‘ bessere Chancen (Bettlach). Zu viele auch finanzielle Fragen seien noch offen (Welschenrohr, Bellach-Lommiswil-Selzach). Für die KTW ist eine Standortkonzentration im Thierstein unerwünscht. Für sie ist die Führung der Stufe P am Gymnasium in Laufen unbestritten. Ausserdem müssten die Schüler und Schülerinnen ein Jahr früher aus dem Dorf weg, mit bis zu 15 km Anreise.

Durch die Reform dürfe nicht eine Nivellierung nach unten in Kauf genommen werden (Bellach-Lommiswil-Selzach).

Für Bechburg-Oensingen ist es unverständlich, warum eine Schule mit ausgezeichnetem Ruf und hohem Leistungsniveau (Untergymnasium) in der heutigen Form abgeschafft werden soll.

9. Schulleitungen, Schulen, Lehrerschaften

In die Auswertung einbezogen wurden die Rückmeldungen des Regionalen Gymnasiums Laufental-Thierstein, der Primarschulen Langendorf, Olten, Säli und Stüsslingen-Rohr, der Bezirkslehrpersonen der Kreisschule Thierstein West, des Gymnasiums der Kantonsschule Olten, des Kreiskindergartens und der Kreisprimarschule Aetingen-Unteramsern-Oberamsern, der Lehrerschaft der Kantonsschule Olten, des Prorektors des Untergymnasiums Olten, der Kreisschule Lüsslingen-Nennigkofen, der Schuldirektion der Stadt Olten, der KOS Langendorf, des Solothurner WerklehrerInnenvereins SOWV, der Abteilungskonferenz des Maturitätsprofils Wirtschaft und Recht der Kantonsschule Olten, der Arbeitsgruppe Untergymnasium UG und des Vereins Logopädinnen des Kantons Solothurn.

Allgemeine Bemerkungen einzelner Teilnehmender dieser Gruppe

Der **Verein der Logopädinnen des Kantons Solothurn** äussert sich in einer allgemeinen Stellungnahme, ohne weiter auf die einzelnen Fragen einzugehen und bezieht sich sehr spezifisch auf den Bereich der Logopädie im Rahmen des Förderunterrichts. Der Verein stimmt der Aufnahme der Logopädie ins Volksschulgesetz grundsätzlich zu, kritisiert aber die Integration der Logopädie, die eine pädagogisch-therapeutische Massnahme darstellt, in den regulären Förderunterricht und den massiven Leistungsabbau, der dadurch entstehen könnte. Beispielsweise wenn einem sprachbehinderten Kind oder Jugendlichen eine indizierte, spezifische Therapie oder Förderung verweigert würde mit dem Hinweis auf einen bereits ausgeschöpften Lektionenpool.

Die **Lehrerschaft der Kantonsschule Olten** reagiert mit Unverständnis und beschwert sich über die Tatsache, dass alle wichtigen Reformelemente vernehmlasst worden seien, nur der Mittelschulvorbereitende Unterricht nicht. Dieses Vorgehen – die Gymnasien auszuklammern – habe System. Die Aussagekraft der Vernehmlassung würde dadurch in Frage gestellt. Zu den einzelnen Fragestellungen macht die Lehrerschaft der Kantonsschule Olten weiter keine Aussagen

Das **Regionale Gymnasium Laufental-Thierstein** äussert sich in der Vernehmlassung nur zur Frage „Sonderlösung Schwarzbubenland“ und erklärt sich mit dieser Sonderregelung als vollständig einverstanden. Im Vordergrund steht dabei, dass mit der Sonderregelung eine seit Jahrzehnten bewährte Lösung weitergeführt werden könne. Dies sei in finanzieller Hinsicht vorteilhaft, da die notwendige Infrastruktur bereits bestehe und weiter genutzt werden könne und zudem bestehe mit einer grossen progymnasialen Abteilung die Sicherheit, dass weiterhin in der Region ein eidgenössisch anerkannter Maturitätsabschluss erreicht werden könne. Ohne Progymnasium wäre die, auf der Oberstufe eher kleine Schule, mittelfristig gefährdet.

9.1. Aussagen der Schulleitungen, Schulen und Lehrerschaften zu den Fragen 1 - 6

Frage 1: Sind Sie mit dem geplanten Übergang von der Primarschule zur Sekundarschule einverstanden?

Knapp die Hälfte dieser Teilnehmergruppe stimmt der Reform in der Frage nach dem Übertritt vollständig (Stüsslingen-Rohr, Nennigkofen-Lüsslingen, Primar Olten) oder eher zu (Stadt SO, Lehrpersonen Thierstein West, KOS Langendorf), wobei auch hier Kritisches angemerkt wird. Es solle eine gesamtschweizerische Lösung geben und die Koordination mit allen Kantonen sei unumgänglich. „Kein „Kantönligeist zu Lasten der Schüler“. Ebenfalls kritisch betrachtet werden die Kostenfolgen, und der Zeitplan wird als illusorisch bezeichnet. Der Vorteil wird in der Vereinfachung der Strukturen und im längeren Zusammenbleiben der Klassenverbände gesehen. Eine Möglichkeit zur Begabtenförderung, z.B. durch einen Übertritt nach der 5. Klasse, wäre zu erarbeiten.

Die andere Hälfte der Teilnehmergruppe (Kanti Olten, Prorektor UG Olten, PS Säli, SOWV, Arbeitsgruppe UG, Abteilungskonferenz Maturitätsprofil) lehnt die Reform in dieser Frage vollständig ab. Der Zeitpunkt sei zu spät. Im Sinne der Frühförderung müsse der Übertritt ans Gymnasium weiterhin nach der 5. Klasse möglich sein. Noch besser wären „Selektionsflächen“ mit flexiblem Übertritt nach dem 5. oder 6. Primarschuljahr, womit man den unterschiedlichen Entwicklungstempi der einzelnen Schülerinnen und Schüler am ehesten gerecht würde. Die drei Förderlektionen in der sechsten Primarschulklasse wären kein Ersatz für das

erste Jahr Progymnasium. Ferner wird mehrfach darauf hingewiesen, dass nach der Einführung der Basisstufe die Selektion erst nach der sechsten, resp. der achten Primarschulkasse stattfinden würde, was als unsinnig erachtet wird.

Frage 2: Sind Sie mit der Neugliederung der Sekundarschule einverstanden? (Sekundarschule mit den Typen Sek P, Sek E, Sek B und Sek K)

Die drei eher zustimmenden Teilnehmer dieser Gruppe (Aetingen-Unter-Oberamsern, PS Säli, Primar Olten) betonen die Wichtigkeit einer gesamtschweizerischen Lösung und der Gewährleistung der Durchlässigkeit. Die momentane „Namensverwirrung“ sei möglichst zu klären.

Von den acht andern Teilnehmenden dieser Gruppe, die sich mit der Neugliederung eher nicht einverstanden (Stüsslingen-Rohr, Nennikofen-Lüsslingen, Stadt SO) oder gar nicht einverstanden (Kanti Olten, Prorektor UG Olten SOWV, KOS Langendorf, Abteilungskonferenz Maturitätsprofil) erklären, argumentieren praktisch alle mit der Nivellierung nach unten. In diese Betrachtung werden alle Schulstufen einbezogen. Ein Schwachpunkt wird darin gesehen, dass die Oberschüler und –schülerinnen durch die Maschen fallen könnten. Für die Sek K wären sie zu intelligent, in der Sek B hingegen überfordert. Befürchtet wird auch ein Absinken des Niveaus im B und E-Bereich. Diese Basisstufe würde mehr als verdoppelt, was nicht sinnvoll sei, da gerade die Stigmatisierung der heutigen Oberstufe ein Grund zur Reform gewesen sei. Das gute auf das Handwerk ausgerichtete Profil der heutigen Sekundarschule könnte untergehen. Eine Nivellierung nach unten wird auch durch die Verkürzung des progymnasialen Unterrichts von drei auf zwei Jahre befürchtet. Vielfach wird der Mangel an Durchlässigkeit kritisiert.

Als gut wird die vorgesehene regionale Zentralisierung im progymnasialen Bereich erachtet, sofern die Kantonsschulen Solothurn und Olten Referenzschulen für den progymnasialen Zug gelten (Arbeitsgruppe UG, Abteilungskonferenz Maturitätsprofil).

Der SOWV nimmt an dieser Stelle zum Reformelement 3 Stellung. Er bezeichnet das heutige Untergymnasium als ideale Vorbereitung auf die Maturitätsschule. Die neue Sek P müsse also dringend auf den Stand des Untergymnasiums gebracht werden, um Qualitätseinbussen zu verhindern. Im Fachbereich Werken solle den Schülerinnen und Schülern auch in der Sek P Unterricht von Fachlehrkräften (Ausbildung HGKZ etc.) erteilt werden.

Frage 3: Sind Sie mit der stärkeren Ausrichtung des 9. Schuljahres der Sek E, B und K auf die Berufsvorbereitung einverstanden?

Ausser zwei Teilnehmenden dieser Gruppe (Arbeitsgruppe UG, Nennikofen-Lüsslingen) stimmen alle der stärkeren Ausrichtung des 9. Schuljahres auf die Berufswahlvorbereitung vollständig (PS Säli, Stadt SO) oder eher zu (Abteilungskonferenz Maturitätsprofil, KOS Langendorf, SOWV, Lehrpersonen Thierstein West, Primar Olten, Prorektor UG Olten, Stüsslingen-Rohr, Aetingen-Unter-Oberamsern, Kanti Olten).

Es wird mehrfach betont, dass die Berufswahlvorbereitung nicht auf Kosten des Basiswissens gehen dürfe. Sonst könnte es für Schülerinnen und Schüler des E-Zuges ev. schwierig werden, nach dem neunten Schuljahr noch einen Übergang in eine gymnasiale Maturitätsschule zu schaffen.

Ein Teilnehmer (Lehrpersonen Thierstein West) würde die stärkere Ausrichtung auf die Berufswahlvorbereitung nur in den Niveaus B und K begrüssen und ein anderer meint, das Unterscheiden zwischen einer Vorbereitung auf erhöhte Beruhsanforderungen und Grundanforderungen sei richtig (SOWV).

Um einen optimalen Weg in die Berufswelt zu gewährleisten, müsste eigentlich nur das 9. Schuljahr reformiert werden. Dafür müsste nicht das ganze Schulsystem umgekrempelt, neue Zentren geschaffen und andere geschlossen zu werden (SOWV, Prorektor UG Olten).

Zwei Teilnehmende finden, die Berufswahlvorbereitung könnte schon früher, schon ab der achten Klasse beginnen (Stüsslingen-Rohr, Primar Olten).

Das vorgesehene Zertifikat wird mehrfach erwähnt (Prorektor UG Olten, Stadt SO, SOWV). Es wird als noch unausgegoren bezeichnet und ihm wird daher keine grosse Wirkung attestiert. Ein Teilnehmer (Stüsslingen-Rohr) sieht allerdings auch Vorteile darin, indem beispielsweise das Interesse an der Schule aufrechterhalten bleibe und der Übergang in die Berufsschule erleichtert werde.

Frage 4: Sind Sie mit der Bildung von Sekundarschulzentren einverstanden?

Von den drei befürwortenden Teilnehmenden findet einer (Aetingen-Unter-Oberamsern), der Standort des Zentrums solle im eigenen Bezirk sein, ein anderer (Nennikofen-Lüsslingen) meint, die Randregionen sollten weiterhin kleinere Zentren haben, und der dritte (Primar Olten) möchte zu grosse Zentren vermeiden, obere Richtzahl 500. Letzterer meint auch „alle unter einem Dach“ seien von Vorteil, dies ermögliche Durchlässigkeit und verhindere Ghattobildung.

Die neun ablehnenden Teilnehmenden warnen vor der nachteiligen Wirkung von zu grossen Schulzentren (Stüsslingen-Rohr, PS Sali, Stadt Solothurn, Lehrpersonen Thierstein-West, SOWV, KOS Langendorf, Prorektor UG Olten).

Als Utopie bezeichnet wird der Reformvorschlag, laut dem die Bildung von Schulzentren den Gemeinden zu überlassen wird (Prorektor U Olten) und es wird verlangt, dass der Kanton bei der Zuweisung der P-Typen die Führung übernehmen solle (Stadt SO).

Für politische Unruhe und finanzielles Durcheinander im Kanton sei gesorgt, weil noch nicht klar sei, welche Gemeinde ihre Schule behalten dürfe oder aufgeben müsse (Prorektor UG Olten). An anderer Stelle ist von politischem und organisatorischem Durcheinander die Rede, da die Standortfrage erst im 2015 geklärt sein müsse, die neuen Sek Stufen aber bereits im 2007 eingeführt werden sollten (SOWV).

Weitere negative Wirkungen von Schulzentren wird in der finanzpolitischen und raumplanerischen Dimension gesehen (Lehrpersonen Thierstein-West, Arbeitsgruppe UG, KOS Langendorf), in der sinkenden Wohnqualität in den meisten Gemeinden durch Schulschliessungen (Lehrpersonen Thierstein-West), im Know How-Verlust von bestehenden funktionierenden Zentren (SOWV) und schliesslich werden die grösseren Transportwege als „ökologischer Unsinn“ bezeichnet (Lehrpersonen Thierstein-West).

Verlangt wird, dass die P-Züge klar den beiden Kantonsschulen zugeordnet werden (Arbeitsgruppe UG) und dass diese Referenzschulen bleiben sollen (Arbeitsgruppe UG, Abteilungskonferenz Maturitätsprofil).

Frage 5: Sind Sie mit der Sonderregelung für das Schwarzbubenland einverstanden?

Die Sonderlösung für das Schwarzbubenland wird von sechs befürwortenden Teilnehmenden „der Not gehorchend“ angenommen (Stadt SO). Andere stimmen zu bis eine gesamtschweizerische Lösung gefunden sei (Aetingen-Unter-Oberamsern, Lehrpersonen Thierstein-West) oder die Ungerechtigkeit in Kauf nehmend um der grösstmöglichen Durchlässigkeit willen (SOWV) oder sie reagieren mit der Frage, warum nicht generell 5/4 geprüft worden wäre (Nennikofen-Lüsslingen). Die Lehrpersonen Thierstein-West empfehlen Gespräche mit dem Kanton BL, um die dortige Tendenz zum 6/3-Modell zu prüfen. Auch für andere gut funktionierende Schulen sollte es eine Sonderlösung geben (KOS Langendorf).

Von den ablehnenden Teilnehmenden wird die Sonderlösung als „Extrawurst“ bezeichnet, die es bei einer gesamtschweizerischen Lösung nicht mehr bräuchte (Stüsslingen-Rohr). Der Widerspruch zwischen Harmonisierung einerseits und unterschiedlichen Systemen im gleichen Kanton andererseits wird aufgeworfen (Kanti Olten) und es wird auf die Rechtsungleichheit, den der Sonderfall Schwarzbubenland im Kanton schafft, hingewiesen, mit der Bemerkung, es handle sich dabei um einen „verfassungswidrigen Verstoss gegen das Gleichheitsgebot“ (Prorektor UG Olten, Abteilungskonferenz Maturitätsprofil).

Frage 6: Sind Sie grundsätzlich mit der Stossrichtung der Sek-I-Reform einverstanden?

Nur zwei Teilnehmende dieser Gruppe sind mit der Stossrichtung einverstanden. Dies mit den einschränkenden Bemerkungen, eine gesamtschweizerische Lösung wäre wünschenswert (Aetingen-Unter-Oberamsern) und ein Gesamtreformkonzept, das die ganze Volksschule einbezieht, fehle nach wie vor (Primar Olten).

Stüsslingen-Rohr ist mit der Gesamtstossrichtung einverstanden, vorausgesetzt, seine Schülerinnen und Schüler könnten wie bis anhin alle Stufen in der KSMG absolvieren. Für die Gemeinden dürften keine Baukosten für unnütze neue Bauten entstehen.

Bei den ablehnenden Teilnehmenden sind deutliche Aussagen zu lesen, wie „grob fahrlässige Reform“, da die Inhalte nicht einmal angedacht seien (Kanti Olten), die Gesamtsituation werde durch die Reform eher verschlimmert (Prorektor UG Olten, SOWV), unrealistischer Zeitplan (Stadt Solothurn), „Mogelpackung“, weil Sparübung auf Kosten der Schülerinnen und Schüler, Abwälzung der Finanzen vom Kanton auf die Gemeinden (Lehrer Thierstein-West) oder „Zerschlagung eines bestens funktionierenden Systems“ (Arbeitsgruppe UG).

10. Fachgruppen der Kantonsschulen Olten und Solothurn

In die Auswertung einbezogen wurden die Rückmeldungen der Fachgruppen

der Kantonsschule Olten: Englisch, Französisch, Spanisch, Geschichte, Biologie, Maturitätsprofil Mathematik und Naturwissenschaften, Sport, Chemie, Altphilologie, Deutsch, Schulmusik und Instrumentalmusik, Mathematik, Religion, Pädagogik/Psychologie, Bildnerische Gestaltung/Kunstgeschichte und Geographie, insgesamt 17.

der Kantonsschule Solothurn: Musik, Biologie, Französisch, Sport, Russisch, Deutsch, Alte Sprachen, Physik, Italienisch, Geschichte und Mathematik, insgesamt 9.

10.1. Aussagen der Fachgruppen der Kantonsschulen Olten und Solothurn zu den Fragen 1 - 6

Frage 1: Sind Sie mit dem geplanten Übergang von der Primarschule zur Sekundarschule einverstanden?

Alle Fachgruppen lehnen den geplanten Übertritt von der Primarschule zur Sekundarschule vollständig ab.

Bevorzugt würde ein flexibler Selektionszeitraum, eine Selektionsfläche statt eines –zeitpunkts, was den individuell unterschiedlichen Entwicklungstempi den Schülerinnen und Schülern besser gerecht würde (Lernalter ist nicht gleich biologisches Alter). Sowohl leistungsschwächere als auch leistungsstarke und –willige Schülerinnen und Schüler sollten adäquat gefördert werden.

Die Fachgruppen vertreten die Meinung, die Selektion in Richtung Gymnasium sollte so früh wie möglich erfolgen. Viele wüssten ohnehin schon viel früher, in welche Richtung sie sich orientieren möchten. Auch für die Primarlehrer und -lehrerinnen sei es eine Zumutung, für die Begabten noch ein Jahr länger „Spezial-Beschäftigungsprogramme“ zu schaffen (Biologie Olten). Das Spektrum der zu betreuenden Schülerinnen und Schüler in der Primarschule sei zu breit, um den unterschiedlichen Ansprüchen gerecht werden zu können.

Kritisiert wird, dass mit dem Übertritt nach sechs Schuljahren die Förderung im musischen Bereich durch Fachlehrkräfte entfalle.

Mit dem vorgesehenen Förderunterricht von nur 3 Lektionen pro Klasse und Woche könnten nicht gleichzeitig die begabten Schüler und Schülerinnen gefördert und die Schwachen gestützt werden. Auf keinen Fall ersetze er ein Jahr Untergymnasium, wo die guten Jugendlichen in jedem Fach gefördert würden.

Vielen ist es unerklärlich, warum man vor der Einführung der Basisstufe den Übertritt in die Sekundarstufe regeln will. Mit Einführung der Basisstufe, wäre ein Übertritt nach der 6. Klasse viel zu spät. „Was nützt es im 1. Stock zu renovieren, wenn nachher der Unterbau verändert wird?“ (Altphilologie Olten).

Mit einem Hinweis auf die PISA-Studie, die dem UG hervorragende Leistungen attestiert, wird betont, das Untergymnasium habe sich in dieser Form bewährt. Die drei vorgesehenen Förderlektionen könnten das Untergymnasium nicht ersetzen. Zudem seien die Förderlektionen viel zu ungenau umschrieben.

Frage 2: Sind Sie mit der Neugliederung der Sekundarschule einverstanden? (Sekundarschule mit den Typen Sek P, Sek E, Sek B und Sek K)

Die Neugliederung der Sekundarschule wird von allen Fachgruppen vollständig abgelehnt.

Man ist allgemein der Meinung, dass die Zusammenlegung der Sekundarschule mit der Oberschule zu einer Nivellierung nach unten führen und die „Leistungsschere“ dadurch vergrößert würde. Die heute vorhandene Stigmatisierung würde sich auf einen Schülerjahrgangsanteil von 30- 40% ausweiten. Der vielfache Hinweis auf Basel-Stadt sollte dies verdeutlichen.

Eine Verkürzung der Sek P auf zwei Jahren wird als ungenügend empfunden und als Substanzverlust bezeichnet. Gefordert wird ein dreijähriger P-Zug als Begabungsförderungsinstrument. Eine zweijährige Sek P sei auch ein Standortnachteil für den Kanton Solothurn. Ferner wird argumentiert, falls das Progymnasium wegfalle, entfalle auch die Förderung durch Fachlehrerinnen, gerade in den musischen Fächern (BiG und Werken, Musik).

Bezüglich Qualität der Ausbildung der Lehrkräfte wird gefordert, dass auf der kommenden P-Stufe Lehrkräfte in Fächern unterrichten sollen, die sie in einem gewissen Umfang auch studiert hätten (Mathematik, Geographie).

Weiter wird auf die mangelnde Durchlässigkeit, insbesondere zwischen E und P hingewiesen. Die Sek P sei ein abgeschlossenes Gefäss (Englisch Olten) und könnte zu einer Eliteschule (Musik) oder gar zu einem elitären Ghetto werden (Französisch Olten). Dies stehe im Widerspruch zur Absicht der Reform, die Durchlässigkeit zu erhöhen.

Aber auch die Durchlässigkeit zu den Maturitätsschulen werde kleiner. Wer sich nach der 6. Volksschulkasse nicht für die geplante Sek P entscheide, wird später nur noch mit einem Jahr Verlust in die Maturitätsschule eintreten können.

Die beiden Kantonsschulen Solothurn und Olten sollten Referenzschulen bleiben und die Aufsicht über die Sek P sollte nicht dem AVK, sondern dem AMH obliegen.

Frage 3: Sind Sie mit der stärkeren Ausrichtung des 9. Schuljahres der Sek E, B und K auf die Berufsvorbereitung einverstanden?

15 Fachgruppen der Kantonsschule Olten und 2 Fachgruppen der Kantonsschule Solothurn erklären sich mit der Neuausrichtung des 9. Schuljahres als eher einverstanden, zwei Fachgruppen der Kantonsschule Olten und 6 Fachgruppen der Kantonsschule Solothurn lehnen sie vollständig ab.

Zwei Fachgruppen der Kantonsschule Solothurn geben eine neutrale Punktwertung ab.

Die ablehnenden Fachgruppen behaupten, dass eine Reform des 9. Schuljahres auch möglich wäre, ohne das gesamte bewährte System auf den Kopf zu stellen. Die Berufswahlvorbereitung dürfe auf keinen Fall auf Kosten des Basiswissens gehen. Potenzielle Lehrmeister beklagten sich ja heute nicht darüber, dass die Schulabgängerinnen und -abgänger zu wenig „Kommunikation“ beherrschten, sondern dass sie in den Grundkenntnissen (lesen, rechnen, schreiben) zu wenig gut seien (Musik, Alte Sprachen, Deutsch SO). Zudem behindere die stärkere Ausrichtung auf die Berufswahlvorbereitung die Durchlässigkeit für eine Aufnahme ins Gymnasium nach dem 9. Schuljahr.

Dass es für die stärkere Ausrichtung des 9. Schuljahres auf die Berufswahlvorbereitung keiner Reform bedürfe, wird teilweise auch von den eher befürwortenden Fachgruppen ins Feld geführt. Sie sind der Meinung, das neunte Schuljahr solle aufgewertet werden, jedoch viel besser ausgearbeitet und durchdacht sein. Keinesfalls sollten durch die Berufswahlvorbereitung andere wichtige Stoffinhalte zu kurz kommen. Für den E-Zug der neunten Klasse sollte der Anschluss an weiterführende Schulen trotzdem gewährt bleiben.

Als zumeist positiv, im Sinne einer Aufrechterhaltung der Lernmotivation, wird das geplante Zertifikat bewertet. In der jetzigen Form sei es aber noch nicht genügend ausgearbeitet, besonders, da der Referenzrahmen (HarmoS-Richtlinien) noch nicht definiert sei.

Schliesslich wird die Forderung aufgestellt, dass einzelne Reformelemente zuerst geprüft werden sollten, bevor alles in einem unkontrollierten Chaos ende (Geographie Olten).

Frage 4: Sind Sie mit der Bildung von Sekundarschulzentren einverstanden?

Die Bildung von Sekundarschulzentren wird von allen Fachgruppen ausser Mathematik Olten, Biologie und Deutsch SO vollständig oder eher abgelehnt.

Mathematik Olten stimmt eher zu unter der Bedingung, dass die beiden Kantonsschulen Olten und Solothurn als Referenzschulen P-Züge führen. Biologie und Deutsch SO geben eine neutrale Punktwertung ohne weitere Bemerkungen ab.

Den Wunsch, dass Olten und Solothurn Referenzschulen bleiben sollen, greifen viele der ablehnenden Fachgruppen auf. Die progymnasialen Züge sollten wie bis anhin an den beiden Kantonsschulen, den beiden Progymnasien Balsthal und Grenchen sowie an 2 – 3 weiteren Standorten geführt werden. Nur so bleibe die Kontinuität einer gymnasialen Ausbildung bis zur Matura gewährleistet.

Einerseits besteht die Meinung, die Philosophie der Gesamtschulen (grosse Schulzentren) sei überholt und habe sich nicht bewährt. Andererseits haben einige Fachgruppen gegen Schulzentren im progymnasialen Bereich nichts einzuwenden. Der Vorteil: bessere Standardisierung, schülermässig ausgelastete Klassen, Kompetenzzentren etc. Als eher problematisch wird die Mischung aller Schultypen und -stufen angesehen.

Insgesamt sei diese Frage nicht vernünftig zu beantworten, da die Vorlage sämtliche baulichen und infrastrukturellen Fragestellungen ausblende. Dass die Verantwortung für die Bildung von Schulzentren den

Gemeinden überlassen werden soll, wird kritisch betrachtet. Diese seien damit masslos überfordert. Das Ganze könnte zu politischen Auseinandersetzungen und zu finanziellem Chaos führen. Es gehe nicht an, bestehende Strukturen aufzulösen und die Konsequenzen abzuschieben.

Die Standortfrage der Schulzentren müsste zwingend im Vorfeld der Reform geklärt werden. Die erwähnte Jahreszahl „2015“ erwecke den Eindruck, dass Wunschdenken, Planung und Realität noch nicht kongruent seien. Der Kanton müsste viel stärker seine Führungsverantwortung wahrnehmen.

Frage 5: Sind Sie mit der Sonderregelung für das Schwarzbubenland einverstanden?

Alle Fachgruppen der Kantonsschule Olten lehnen die Sonderregelung für das Schwarzbubenland vollständig ab, während von Seiten Solothurn sechs Fachgruppen ablehnen, eine eher zustimmt und zwei eine neutrale Punktwertung ohne weitere Bemerkungen abgeben.

Die zustimmende Fachgruppe begründet ihre Stellungnahme mit der guten Schulstruktur im Schwarzbubenland. Eine mindestens ähnliche Schulstruktur sollte auch der südliche Kantonsteil erhalten.

Für die ablehnenden Fachgruppen stellt die Sonderregelung eine Rechtsungleichheit innerhalb des Kantons dar, die unter Umständen zu staatsrechtlichen Beschwerden führen könnte. Die Schuldauer bis zur Matur differiere dadurch innerhalb des Kantons bis zu 1.5 Jahren.

Da die Fachgruppen ohnehin der Meinung sind, eine frühere Selektion und längere Schulzeit bringe bessere Voraussetzungen für einen Hochschuleintritt, wird die Sonderregelung für das Schwarzbubenland als Privileg betrachtet. Warum keine Anpassung an den Nachbarkanton Aargau, der auch 5/4 habe? Es gehe doch nicht an, dass der grosse Teil der Schülerinnen und Schüler im Kanton benachteiligt würde. Daher wird ein Übertritt nach fünf Jahren für den ganzen Kanton gefordert. Alles andere führe zu einer Zerzeissprobe im Kanton. „Eine staatspolitisch höchst bedenkliche Sache“ (Geschichte Olten). Wenn schon eine Reform, dann eine einheitliche.

Zwei Fachgruppen weisen darauf hin, dass über diese Sonderregelung nicht abgestimmt werden könne, da dies durch einen Staatsvertrag zwischen SO und BL geregelt sei.

Zudem sei die Sonderregelung sehr kostenintensiv. Es gehe nicht an, dass die Kosten, die man durch die Abschaffung des Untergymnasiums einsparen wolle, gleich für Sonderregelungen ausgegeben würden.

Frage 6: Sind Sie grundsätzlich mit der Stossrichtung der Sek-I-Reform einverstanden?

Die Stossrichtung der Reform wird von allen Fachgruppen beider Kantonsschulen vollständig abgelehnt, mit einer Ausnahme in Solothurn ohne numerische Bewertung.

Dass die Schule ständiger Veränderung und Entwicklung bedürfe steht für die Fachgruppen ausser Frage. Jedoch ziele die Sek-I-Reform völlig am Reformbedarf dieser Stufe vorbei. Die Stossrichtung gehe ins „pädagogische Niemandsland“ (Pädagogik/Psychologie Olten). Die bildungspolitischen Projekte, auf die sich die Reform beziehe, seien von der Strukturreform gänzlich unabhängig und könnten ohne diese realisiert werden. Alle wichtigen Verordnungen oder Ausführungsbestimmungen fehlten in der Vorlage. Die Reform bringe keine Verbesserungen, sondern vielmehr bildungsmässige Verschlechterung und Chaos und Streit zwischen Gemeinden, die sich um die Führung von Sekundarschulzentren stritten. Die Bildung von Schulzentren dürfte für die Gemeinden enorme finanzielle Folgen haben.

Die Strukturreform mit dem generellen Übertritt nach dem 6. Primarschuljahr schaffe nicht „Chancengleichheit“ sondern „Gleichheit“ im Sinne einer „Gleichmacherei“ (Alte Sprachen SO). Viel eher möchte man die Prinzipien der Differenz und der Chancengerechtigkeit hochhalten (Geschichte SO). Die hohen Anmeldezahlen zur Aufnahmeprüfung Unter-/Progymnasium belegten, dass ein früherer Übertritt einem grossen Bedürfnis der Leistungsstärkeren entspreche.

Das Untergymnasium als Spitzenschule mit breiter positiver Resonanz in der Öffentlichkeit müsse unbedingt erhalten bleiben. Die Abschaffung des Untergymnasiums sei eine Absurdität (Biologie Olten). Die Bezeichnungen „Progymnasium“ und „Untergymnasium“ seien schweizweit Qualitätsbegriffe, sog. Labels, die man nicht ohne weiteres preisgeben sollte. Was hingegen der Begriff „Sekundarschule P“ assoziiere, sei eine offene Frage (Italienisch SO). Die Schülerinnen und Schüler, die bisher nach der 5. Klasse übergetreten seien, würden sich in der sechsten Klasse langweilen. Die Primarlehrerausbildung reiche nicht aus, um fachlich kompetenten Unterricht bis in die sechste Klasse zu gewährleisten.

Mehrfach wird der unlogisch erscheinende Ansatzpunkt der Reform angesprochen. Reformen sollten auf der Unterstufe (Einführung der Basisstufe) beginnen, und erst wenn sich diese bewährt hätten, auch die Oberstufe betreffen.

Die Fachgruppe Religion in Olten bezieht sich dabei auf die Kirchengeschichte, die lehrt, dass „Neues aus Altem behutsam herauswachsen müsse, damit Reformen nachhaltig und verantwortbar vollzogen werden könnten“. Man ist der Meinung, dass eine Reform in kleinerem Stil, dafür auf inhaltlicher Ebene durchdacht, bessere Chancen gehabt hätte.

Ausserdem wird es von den Fachgruppen als undemokratisch empfunden, dass ihnen keine Möglichkeit gegeben wird zum Reformelement 3 Stellung beziehen. Dies sehe nach taktischen Überlegungen aus und löse Misstrauen aus.

11. Weitere Gruppierungen

In die Auswertung einbezogen wurden die Rückmeldungen der Konferenz Solothurnischer Schuldirektoren KSD, der SO-Visionen, des Vereins Phönix, der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Olten, der FdP Ortsparteien Dorneckberg, des Schweizerischen Verbandes der Akademikerinnen /Sektion Solothurn, der Sozialdemokratischen Partei, Gretzenbach, der FdP Frauen des Kantons Solothurn und der Stadtkanzlei Olten.

11.1. Aussagen der weiteren Gruppierungen zu den Fragen 1 - 6

Frage 1: Sind Sie mit dem geplanten Übergang von der Primarschule zur Sekundarschule einverstanden?

Von den befürwortenden Gruppierungen erklärt sich die FdP Dorneckberg bezüglich Übertritt mit einer Lösung wie sie das Schwarzbubenland hat, einverstanden. Die andern beiden begrüssen entweder eine interkantonale Einheitlichkeit (FdP Frauen SO) oder einen einheitlichen Übertritt nach fünf Jahren in Abstimmung mit den umliegenden Kantonen, da sich der Kanton Solothurn in einer „Sandwichposition“ befinde (Staatskanzlei Olten).

Die FdP Frauen SO begrüssen beim Übertritt nach sechs Jahren die Förderlektionen. Diese müssten aber zwingend zur Begabtenförderung eingesetzt werden und die Lehrer seien gut auf diese spezielle Situation vorzubereiten. Der Erfolg des Modells stehe und falle mit der Kompetenz der Lehrkraft.

Von den ablehnenden Gruppierungen würde eher ein Übertritt nach der fünften Primarschule begrüsst (SO-Visionen, Schweiz. Akademiker, Verein Phönix). Erwünscht wäre eine Selektionsfläche, die dem unterschiedlichen Entwicklungsstand der Schülerinnen und Schüler gerechter würde als ein einziger Selektionszeitpunkt (SP Gretzenbach). Für die Konferenz solothurnischer Schuldirektoren ist ein Übertritt nach der sechsten Klasse sinnvoll, solange die Basisstufe nicht eingeführt ist. Danach mache ein Übertritt nach der sechsten Klasse, oder dann nach der achten, aber keinen Sinn mehr (SP Gretzenbach).

Zu den Förderlektionen besteht die Meinung, sie könnten keine adäquate Vorbereitung auf den P-Zug garantieren. Der Lehrplan des Gymnasiums habe den Vorteil der optimalen Förderung der Stärksten auf gutem Leistungsniveau. Der Sprachunterricht könne z.B. auf Niveau Primarschule nie gut unterrichtet werden (SO-Visionen). Ausserdem wird parallel zum einheitlichen Übertritt ein einheitliches Übertrittsverfahren gewünscht, z.B. durch Aufnahmeprüfungen, Jahresnoten etc. (KSD).

Die SP Gretzenbach wehrt sich dagegen, dass die Förderlektionen vollumfänglich den Gemeinden angelastet werden sollten. Sie lehnt eine Finanzierung undefinierter Fördergefässe kategorisch ab.

Frage 2: Sind Sie mit der Neugliederung der Sekundarschule einverstanden? (Sekundarschule mit den Typen Sek P, Sek E, Sek B und Sek K)

Die drei eher befürwortenden Gruppierungen sehen in der neuen Typeneinteilung eine Harmonisierung mit anderen Kantonen (FdP Frauen SO), erachten die durchgehende Bezeichnung und die Vereinigung der Typen unter einem Dach als positiv (Staatskanzlei Olten) oder erklären sich zwar mit der Gliederung einverstanden, fordern aber bezüglich Durchlässigkeit Kriterien (FdP Dorneck).

Trotz der eher positiven Wertung greift die Staatskanzlei Olten einige Kritikpunkte auf. Die Problematik der Oberschule als Restschule könne nicht durch ihre Eingliederung in die Sekundarschule gelöst werden. Ferner dürfe die Klassengrösse in der Sek B eine Anzahl von 20 Schülerinnen oder Schüler nicht übersteigen. Die Durchlässigkeit vom K- zum B-Zug würde erschwert und die Sek B verkomme zum neuen Ghetto. Ebenfalls zu wenig klar sei die Durchlässigkeit von E zu P.

Die Besorgnis bezüglich der Oberschule teilen zum Teil auch die ablehnenden Gruppierungen. Durch die Änderung des heutigen Systems würden die Probleme exportiert (SO-Visionen), die Durchlässigkeit von K zu B würde erschwert, die Klassen zu gross (KSD) und die ohnehin stigmatisierte Oberschule würde durch die Strukturänderung noch vergrössert (SP Gretzenbach). Die Oberschullehrer müssten unterstützt und besser bezahlt werden, denn Investitionen in diesem Bereich reduzierten Sozialkosten (SO-Visionen).

Mit der Abschaffung der Untergymnasien und der Verkürzung des P-Zuges auf zwei Jahre ist man nicht einverstanden (Stadt Olten, SP Gretzenbach) und der P-Zug sollte als maturitätsvorbereitende Schule nicht

nur sprachliche sondern auch mathematisch-naturwissenschaftliche Schwergewichte erhalten (KSD). Zudem sollten an der neuen Sek P keine Lehrkräfte unterrichten, die schlechter ausgebildet seien als die heutigen Bezirkslehrer (SP Gretzenbach). Zwecks Qualitätssicherung müssten die Kantonsschulen Solothurn und Olten unbedingt als Referenzschulen für den mittelschulvorbereitenden Unterricht miteinbezogen werden (Schweiz. Akademiker).

Frage 3: Sind Sie mit der stärkeren Ausrichtung des 9. Schuljahres der Sek E, B und K auf die Berufsvorbereitung einverstanden?

Die meisten Gruppierungen sprechen sich für eine Neuausrichtung des 9. Schuljahres auf die Berufsvorbereitung aus. Die Ausrichtung dürfte aber ruhig schon früher beginnen (Stadtskanzlei Olten, SP Stadt Olten) und sollte sich nicht nur auf die Berufswahl konzentrieren. Die Ausrichtung sollte vermehrt „Lebensorientierung und Laufbahnvorbereitung“ heissen (Stadtskanzlei Olten). Eine intensive Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung und der Wirtschaft sei dafür unumgänglich (Stadtskanzlei Olten, KSD). Die SP Gretzenbach begrüsst zwar die Neuausrichtung, dafür brauche es aber keine Strukturreform. Zudem müssten die Stundentafeln offen gelegt werden. Die Neuausrichtung soll auch im Falle des Scheiterns der Vorlage dringlich weiterverfolgt werden.

Schliesslich wird betont, dass die Priorität der Kernfächer gewährleistet bleiben und das Fachlehrersystem für alle Fächer gelten müsse (Verein Phönix).

Frage 4: Sind Sie mit der Bildung von Sekundarschulzentren einverstanden?

Zur Bildung von Sekundarschulzentren teilen sich die Meinungen. Die Vorteile verspricht man sich in der besseren Planung und Bewirtschaftung, sowie der Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen den Typen (FdP Frauen SO, Stadtskanzlei Olten, KSD). Jedoch sollte die Grösse der Zentren nach oben und nach unten begrenzt sein. Bei der oberen Grenze schwanken die Meinungen zwischen 600 (Stadtskanzlei Olten) und 300 (KSD). Die Stadtskanzlei Olten möchte zwei Zentren in Olten vorsehen, die FdP Dorneckberg möchte einen P-Zug weiterhin in Büren anbieten können und die SP Gretzenbach möchte ihre gut funktionierende Oberstufe in Schönenwerd beibehalten. Eine gewisse Gefahr bei der Bildung von Zentren wird darin gesehen, dass sich auch die Probleme der jeweiligen Altersstufe kumulieren könnten (SP Gretzenbach).

Auf die Kostenfolge dieses Reformelements wird mehrfach hingewiesen. Die Gemeinden würden dadurch sehr stark belastet, was die Reform gefährden könnte (FdP Frauen). In keinem Betrieb würde eine neue Struktur gebaut, ohne die Kosten der Investitionen zu kennen (SO-Visionen). Ferner könnte im Kanton ein politisches und organisatorisches Durcheinander entstehen, da die Standortfrage erst 2015 geklärt sein müsse (SP Gretzenbach). Der Zeitplan wird als unrealistisch (KSD) und ambitiös (FdP Frauen SO) bezeichnet und der Kanton müsse bei der Zuteilung der P-Typen unbedingt die Führung übernehmen (KSD).

Die SP der Stadt Olten befürwortet auf jeden Fall die Bildung von Schulzentren auch unabhängig von der Reform.

Frage 5: Sind Sie mit der Sonderregelung für das Schwarzbubenland einverstanden?

Bei der Frage der Sonderregelung für das Schwarzbubenland polarisieren sich die Meinungen. Drei Gruppierungen stimmen vollständig zu, indem sie die Meinung vertreten, man könne die Lösung Schwarzbubenland so belassen wie bisher und diese für den ganzen Kanton übernehmen (SO-Visionen) oder diese Sonderlösung sei nötig, solange der Kanton BL am Modell 5/4 festhalte (FdP Dorneckberg, FdP Frauen SO).

Die ablehnenden Gruppierungen würden anstelle der Sonderlösung Schwarzbubenland einen einheitlichen Übertritt nach 5 Primarschuljahren für den ganzen Kanton bevorzugen (SP Stadt Olten, Verein Phönix, Stadtskanzlei Olten) oder sie stimmen der Sonderlösung nur der Not gehorchend zu (KSD).

Die SP Gretzenbach verweist auf die Mehrkosten von 1.1 Mio. Franken für die Sonderregelung im Schwarzbubenland und die politische Ungerechtigkeit, die dadurch entstünde.

Frage 6: Sind Sie grundsätzlich mit der Stossrichtung der Sek-I-Reform einverstanden?

Mit der Stossrichtung einverstanden erklären sich nur zwei Gruppierungen, indem sie entweder die Harmonisierung der Schulstrukturen mit jenen der andern Kantone und die erhoffte Qualitätssteigerung befürworten (FdP Frauen SO) oder indem betont wird, dass der Kanton Solothurn ein Kanton der Regionen sei, der mit seinen Nachbarn Vereinbarungen treffen müsse (FdP Dorneckberg). Begrüsst wird hier die Lösung für das Schwarzbubenland, die in die Region passe.

Für die ablehnenden Gruppierungen sind zu viele Fragen noch nicht geklärt, wie z.B: Durchlässigkeit, Förderlektionen, Lehrpläne, Stundentafeln (Stadtskanzlei Olten, KSD) oder finanzielle Auswirkungen und Belastungen (SO-Visionen). Ausserdem sollte zunächst die Basisstufe realisiert und dann darauf aufbauend weiter reformiert werden (SP Stadt Olten, Stadtskanzlei Olten, KSD)

Die SP Gretzenbach spricht von einer absolut unvollständigen, lückenhaften Reform, die die Situation in vielen Bereichen verschlechtert. Zudem ist man gegen die ersatzlose Streichung einer guten Schule wie des Untergymnasiums (SP Gretzenbach, Verein Phönix).

Die Stadtskanzlei Olten schlägt einen Abgleich der Revisionspunkte mit der Vorlage zu den geleiteten Schulen vor und der Verein Phönix die Ausarbeitung eines Pilotprojekts.

12. Einzelmeldungen

Die Menge der Rückmeldungen von Einzelpersonen zur Vernehmlassung lässt auf ein grosses Interesse und ein Engagement an der Sache schliessen, bringt aber möglicherweise auch eine Besorgnis bezüglich der Weiterentwicklung des Schulsystems zum Ausdruck. Die Art und Weise, wie die Fragebogen ausgefüllt wurden, meistens von Hand, sehr sorgfältig und ausführlich, aber auch die Inhalte bestätigen diesen Eindruck.

Wie aus der numerischen Auswertung und Übersicht hervorgeht, melden sich bei den Einzelnen eher die kritischen Stimmen zu Wort. Das Ergebnis der Auswertung kann demnach nicht als repräsentative Meinung der Gesamtbevölkerung angesehen werden.

Auf eine detaillierte Erfassung und Auswertung der Einzelmeldungen wurde verzichtet. An dieser Stelle sollen zur Illustration lediglich einige Auszüge aus den eingegangenen Meldungen exemplarisch aufgeführt werden. Die Originale sind beim Amt für Volksschule und Kindergarten einsehbar.

- Als Mutter zweier Töchter die im Untergymnasium sind, weiss ich diese Schule sehr zu schätzen. In der 6. Klasse wären sie doch unterfordert gewesen.
- Die ganze Reform macht einen unausgewogenen und undurchdachten Eindruck.
- Wir hoffen sehr, dass sich die Regierung die notwendige Zeit nimmt, die ganze Reform noch einmal zu überdenken und den Bedenken der direkt Betroffenen Rechnung trägt.
- Der frühe Übertritt wird von der Bevölkerung gewünscht, dies belegen die hohen Anmeldezahlen. Das U-Gym ist ein Erfolgsmodell!
- Als Lehrperson, die seit 13 Jahren Solothurner Untergymnasiasten betreut, höre ich immer wieder, wie froh die Kinder sind, nach der 5. Klasse Primarschule schon ins Gymnasium zu dürfen.
- Akademiker werden flüchten.
- Hoffentlich merkt man rechtzeitig, dass auch die grossen Zentren neben grossen Kosten, zusätzlichem Verkehr nur Probleme bringen. Es wird alles anonym – niemand fühlt sich mehr verantwortlich.
- Die Reform verbessert meiner Ansicht nach die Bildungsqualität nicht – im Gegenteil befürchte ich eher Verschlechterungen und zwar für Schüler aller Stufen.
- Diese Reform ist unseriös, teuer und schadet den Schülern, Gemeinden, Eltern, Schulen und vor allem dem Wirtschaftsstandort Solothurn.
- Da erwiesen ist, dass jeder Mensch einen eigenen Entwicklungsplan hat, wird in fortschrittlichen Kantonen über die Basisstufe diskutiert oder diese sogar eingeführt.
- Die infrastrukturellen Folgekosten sind unabsehbar. Vergleiche mit Kantonen, die Ähnliches verwirklicht haben zeigen, dass sie gewiss hoch sein werden.
- Auch die vorliegende Reform wird bei einer Aufhebung des Untergymnasiums unweigerlich zu einem weiteren Leistungsabfall an den Mittelschulen führen. Der Kanton Solothurn kann sich das einfach nicht leisten.
- Die vorgesehene Zusammenfassung in eine Sekundarschule berücksichtigt zu wenig die spezifischen Anforderungen für jede Abteilung oder Typ.
- Als Unternehmen, welches Lehrlinge ausbildet, sind wir interessiert an Abgängern der obligatorischen Schulpflicht, welche eine möglichst gute und solide Allgemeinbildung in den Fächern Sprache und Mathematik (logisches Denken) mitbringen. Der Pflichtbereich ist deshalb eher zu stärken.
- Die Neukonzeptionierung des 9. Schuljahres muss viel besser durchdacht und solider geplant werden.
- Das Chaos ist vorprogrammiert! Welche Gemeinde darf oder kann, und welche nicht? Eine klare Regelung fehlt und dürfte politisch und finanziell für Wirbel sorgen!

Anhang 1: Der Fragebogen



Departement für Bildung
 und Kultur
 Reform Sekundarstufe I

Adresse (bitte unbedingt ausfüllen!):

.....

Vernehmlassung Reform Sekundarstufe I

Vielen Dank, dass Sie sich Zeit nehmen und sich an der Vernehmlassung zur Reform der Sekundarstufe I des Kantons Solothurn beteiligen.

Um uns eine systematische Auswertung Ihrer Antworten zu erleichtern, bitten wir Sie, die Form Ihrer Stellungnahme nach der folgenden Anleitung zu richten.

Anleitung

Die Befragung ist entsprechend den Reformelementen aus Botschaft und Entwurf des Regierungsrates an den Kantonsrat in sechs Themen gegliedert. Zu jedem Thema ist eine Frage aufgeführt, die Sie auf einer 4er Skala von „gar nicht einverstanden“ bis „vollständig einverstanden“ bewerten oder aber, falls Sie keine Meinung dazu haben, mit „weiss nicht“ kennzeichnen. Bei jedem Thema bitten wir Sie, spezifische Überlegungen unter Bemerkungen auch in offener Form anzubringen. Mit Hilfe ihrer offenen Bemerkungen können wir Ihre Bewertung auf der 4er Skala genauer interpretieren. Falls Ihnen der Platz in diesem Feld nicht ausreichen sollte, benutzen Sie bitte ein separates Blatt. Bitte vermerken Sie dabei immer die Themennummer.

1. Reformelement 1: Übergang von der Primarschule zur Sekundarschule

←-----→				
Gar nicht einverstanden	Eher nicht einverstanden	Eher einverstanden	Vollständig einverstanden	Weiss nicht
1	2	3	4	5

Sind Sie mit dem geplanten Übergang von der Primarschule zur Sekundarschule einverstanden? (Übertritt generell nach der 6. Klasse; vgl. Seite 11)	☐	☐	☐	☐	☐
---	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

Bemerkungen:

.....

2. Reformelement 2: Gliederung der Sekundarschule

Gar nicht einverstanden Eher nicht einverstanden Eher einverstanden Vollständig einverstanden | Weiss nicht

1 2 3 4 5

Sind Sie mit der Neugliederung der Sekundarschule einverstanden? (Sekundarschule mit den Typen Sek P, Sek E, Sek B und Sek K; vgl. Seite 12)

☐ ☐ ☐ ☐ ☐

Bemerkungen:

[illegible]

3. Reformelement 4: Vorbereitung auf die Berufsbildung



Gar nicht einverstanden Eher nicht einverstanden Eher einverstanden Vollständig einverstanden Weiss nicht

1 2 3 4 5

Sind Sie mit der stärkeren Ausrichtung des 9. Schuljahres der Sek E, B und K auf die Berufsvorbereitung einverstanden? (vgl. Seite 15)

□ □ □ □ □

Bemerkungen:

This image shows a single sheet of white paper with horizontal blue ruling lines. The lines are evenly spaced and run across the width of the page. There are no margins, text, or other markings on the paper.

4. Reformelement 5: Sekundarschulzentren

Sind Sie mit der Bildung von Sekundarschulzentren einverstanden? (vgl. Seite 16)

Bemerkungen:

[illegible]

**5. Zu Reformelement 5:
Sonderlösung Schwarzbubenland**

Sind Sie mit der Sonderregelung für das Schwarzbubenland einverstanden? (Übertritt nach dem 5. Schuljahr, auf die Abnehmerschulen im Kanton Basel-Landschaft abgestimmt, Dauer Sekundarschule für alle Typen 4 Jahre, Schuldauer bis zur gymnasialen Maturität 12,5 Jahre; vgl. Seite 19)	☐	☐	☐	☐	☐
--	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

Bemerkungen:

[illegible]

←-----→				
Gar nicht eingerstanden	Eher nicht eingerstanden	Eher eingerstanden	Voll- ständig eingerstanden	Weiss nicht
1	2	3	4	5
☐	☐	☐	☐	☐

Bemerkungen:

This image shows a full page of white paper with horizontal dotted lines. The lines are evenly spaced and run across the width of the page, providing a guide for handwriting practice. There are no margins, text, or other markings on the page.

61

Anhang 2: Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden

Die grau Hinterlegten haben sich aktiv an der Vernehmlassung beteiligt

Sek-I-Reform

Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden

Parteien

Christlichdemokratische Volkspartei CVP
Freisinnig-demokratische Partei FdP
Sozialdemokratische Partei SP
Schweiz. Volkspartei SVP
Freiheitspartei der Schweiz FP
Grüne Partei GP
Evangelische Volkspartei EVP
Sozialliberale Bewegung SLB
Junge CVP
Jungliberale Bewegung
JungsozialistInnen JUSO

Verbände

Verband Solothurner Einwohnergemeinden VSEG
Bürgergemeinden und Waldeigentümer Kanton Solothurn
Röm.-kath. Synode des Kantons Solothurn
Verband ev.-ref. Synoden des Kantons Solothurn
Christkath. Synodalverband des Kantons Solothurn
SIKO Solothurnische Interkonfessionelle Konferenz
Solothurner Handelskammer SOHK
Kantonal-Solothurnischer Gewerbeverband
Gewerkschaftsbund (gks) des Kantons Solothurn
SYNA Die Gewerkschaft
sia
Swiss Engineering, Sektionen Solothurn und Olten
GBI Gewerkschaft Bau und Industrie Solothurn
Solothurnischer Bauernverband
Frauenzentrale
Frauengruppe der FdP des Kantons Solothurn
CVP-Frauengruppe des Kantons Solothurn
Verein sozialdemokratischer Frauen des Kantons Solothurn
Staatspersonalverband des Kantons Solothurn
VPOD Solothurn
SMUV Solothurn
Verband Lehrerinnen und Lehrer Solothurn LSO
Verband Solothurner Oberstufenlehrkräfte sol
Solothurnischer Primarlehrerinnen- und Primarlehrerverein SPLV
Solothurner Kantonsschullehrerverband SKLV
Solothurner Kantonalverband für Lehrkräfte an Berufsschulen SKLB
SBVS Schweiz. Berufsverband der Sozialpädagoginnen
Kaufmännischer Kantonalverband Solothurn
Verein Pro-Gymnasium
Verband Schweiz. Assistenz- und Oberärzte/-innen (VSAO) Sektion Solothurn
Regionalplanungsgruppe Solothurn und Umgebung
Regionalverein Olten-Gösgen-Gäu
Verein Region Thal
Regionalplanungsgruppe im Raum Grenchen + Büren
Planungsgruppe Dornecker Gemeinden
Planungsgruppe Thiersteiner Gemeinden

Solothurnischer Anwaltsverband
Verband der Gemeindebeamten des Kantons Solothurn
Forum Regio Plus

Konferenzen

Mittelschulkonferenz
Schulleitung Kantonsschule Solothurn
Schulleitung Kantonsschule Olten
BBZ Olten
BBZ Solothurn-Grenchen

Kommissionen, Schulräte

Maturitätskommission Solothurn
Maturitätskommission Olten
Prüfungskommission DMS Solothurn und Olten
Schulkommission DMS Solothurn
Schulkommission DMS Olten
FH Solothurn, Fachhochschulrat
Pädagogische Fachhochschule Solothurn, Schulrat
Berufsmaturitätskommission
Regional-Schulkommission Solothurn Lebern
Regional-Schulkommission Bucheggberg
Regional-Schulkommission Wasseramt Ost
Regional-Schulkommission Wasseramt West
Regional-Schulkommission Thal
Regional-Schulkommission Gäu
Regional-Schulkommission Olten
Regional-Schulkommission Mittelförsen
Regional-Schulkommission Niederamt
Regional-Schulkommission Dorneck
Regional-Schulkommission Thierstein
Verwaltungsinterne Gleichstellungskommission